

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

131 (9.6.1914)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 s, vierteljährl. 2,25 M; abgeholt monatl. 85 s; am Posthalter 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 s. Postanweisung: Nr. 2650. Inzeratennahme 1/2 9 Uhr vorm. für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Wer Soldatenmißhandlungen erlebt hat . . .

Wer einmal während seiner Dienstzeit Soldatenmißhandlungen erlebt hat, wer sie selbst erduldet hat oder mit ansehen mußte, wie Söhne des Volkes durch harten Drill, durch Quälereien aller Art gepeinigt wurden, der weiß, wie notwendig die rückwärtslose Kritik ist, die die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit an dem heutigen Militärwesen übt. War es nicht die unbarmherzige Kritik Babels im Reichstag, die in den 90er Jahren eine merkliche Abnahme der Mißhandlungen in der Kaserne bewirkt hat? Ist es nicht die Angst vor der Sozialdemokratie und ihrer öffentlichen Kritik in Wort und Schrift, in den Parlamenten, in der Presse, in den Versammlungen, die dahin geführt hat, daß auf die Mißstände im Heere mehr Licht und ihnen einigermassen entgegengetreten wird?

Aber gerade diese auffällende, aufsteigende Kritik der Sozialdemokratie am Militarismus wird den Herrschenden immer unheimlicher. Bei der allgemeinen Zuspitzung der Klassengegenstände, dem rauhen Kampf, der auf allen Gebieten tobt, ist bei den Vertretern der herrlichen heutigen Gesellschaftsordnung der Glaube an sich selbst längst geschwunden. Die brutale Gewalt der Bajonette ist für sie zur ultima ratio, zum letzten Rettungsanker geworden, an den sie sich halten, und mit dessen Hilfe sie sich vor dem unaufhaltsam heranwachsenden Weltgericht der Geschichte zu schützen wähnen. Zugleich müssen sie aber wahrnehmen, wie das „Volk in Waffen“, das diese Bajonette führt, immer mehr und mehr durch die Sozialdemokratie aus einem blinden Werkzeug der Herrschenden zum denkenden Volk erzogen wird, wie immer mehr der letzte Schimmer des Prestige schwindet, womit der Moloch ehemals unaufgeklärte Massen noch fasziniert haben mag.

Die Kritik der Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu erlöchen, seinen Kritikern den Mund gewaltsam zu verschließen, dies ist das neueste Unterfangen, auf das der Moloch in seinen frampfhafsten Zudungen verfallen ist. Schon im vorigen Jahre beschritt die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf diesen Weg, als sie die Broschüre: „Der moderne Militarismus — ein Segen oder ein Unglück für das Volk?“ beschlagnahmte und den Genossen Limberg wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen verurteilte. Das Urteil entsprach damals nicht dem Wunsch der Staatsanwaltschaft. Dann zeigte der Frankfurter Prozeß gegen die Genossin Luxemburg, mit welchen Mitteln der „Lebensnerv“ des modernen Klassenstaates geschützt werden soll. Aber alles was auf diesem Gebiete bisher erlebt ist, wird übertroffen durch den neuen Prozeß, der der Genossin Luxemburg jetzt vor der Strafkammer in Berlin gemacht ist und durch die gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ eingeleiteten Prozesse.

Die Genossin Luxemburg hat in einer Rede in Freiburg die allgemein bekannte Tatsache festgestellt, daß die Kaserne in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Nicht mehr und nicht weniger. Und nun fühlt sich der Kriegsminister v. Falkenhayn im Namen sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere des preussischen Heeres „beleidigt“, und der Staatsanwalt, der diese Beleidigung in seine mitfühlende Brust geschlossen hat, klagt sie an. Der „Vorwärts“ veröffentlichte ein einem bekannten Lied nachgebildetes Soldatenlied, das der traurigen, bitteren Stimmung eines seines Lieb gedenkende nSoldaten Ausdruck gibt. Das kann der Militarismus nicht mehr ertragen. Der „Vorwärts“ gibt den Soldatenbrief wieder, den das Mannheimer Parteiblatt vor kurzem veröffentlicht hat, und bezeichnet das Erlebnis des jungen Soldaten als typisch für das Kasernenleben.

Wieder fühlt sich der Militarismus in seinem Lebensnerv getroffen. Man muß sich förmlich an den Kopf fassen, um diese ungeheuerlichen Prozesse für möglich zu halten. Es vergeht beinahe kein Tag, ohne daß die Zeitungen Soldatenmißhandlungen melden. Unzählige Male ist das Kapitel der Soldatenmißhandlungen als einer im System des heutigen Militarismus liegenden ständigen Erscheinung von Abgeordneten im Reichstag, von sozialdemokratischen Rednern in Volksversammlungen, von Parteiblättern in Artikeln und Notizen beleuchtet worden. Gerade in den letzten Monaten ist die Deffentlichkeit wiederholt durch Berichte über Scheußlichkeiten in den Kasernen auf die tiefste erregt. Und just in dieser Zeit verfällt die hohe Obrigkeit auf die Idee, sich „beleidigt“ zu fühlen, auf den Versuch, der öffentlichen Kritik an den Soldatenmißhandlungen mit gerichtlichen Strafandrohungen den Mund zu knebeln! Fürwahr, wenn die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Es heißt aber in der Tat die Götter versuchen, wenn man sich mit einem so üppigen Sündenregister, wie es unser Militärwesen nun einmal hat, an das Licht der Deffentlichkeit, vor die Gerichtstühle wagt.

Die Prozesse kennzeichnen sich von Anfang an als politische Tendenzprozesse. Es ist der verhasste politische Gegner, es ist die vernichtende Kritik der Sozialdemokratie,

die hier zur Strecke gebracht werden soll. Die Prozesse leiten deutlich einen neuen Kurs ein, den Kurs systematischer Verfolgungen der Sozialdemokratie durch den Militarismus.

Damit ist schon gesagt, daß die Prozesse durchgeföhrt werden mit aller Energie und mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen. Und dieser Mittel sind wahrlich nicht wenige. Der Militarismus will das Gericht zu politischen Kampfarena gestalten, nun wohl, wir nehmen den Kampf auf. Nicht darum handelt es sich jetzt, von einigen sozialdemokratischen „Sündern“ die Strafe abzuwehren. Opfer gehören zum Kampf, zumal in der jetzigen Zeit der rauhen Winde und scharfen Kämpfe, und jeder Sozialdemokrat trägt stolz und freudig die Opfer, die ihm für die allgemeine Sache auferlegt werden. Es handelt sich darum, das Lebenselement der Sozialdemokratie, das höchste Gut des öffentlichen Lebens und die Gewähr jedes Fortschritts: das Recht der öffentlichen Kritik in Deutschland zu verteidigen. Es handelt sich ferner darum, in die Dunkelkammer des Militarismus hineinzuleuchten, die Soldatenmißhandlungen in ihrem ganzen Umfang vor das Licht der Deffentlichkeit zu ziehen, da dies bislang doch das einzige wirksame Mittel war, um dem System der heutigen Kasernenziehung einigermassen den Raum anzulegen und das tauartige Dasein zahlreicher Soldaten ein wenig zu erleichtern.

Der beleidigte Kriegsminister mit seinen Offizieren und Unteroffizieren sollen also in den jetzt eingeleiteten Prozessen reichlich zu ihrem Recht kommen. Damit dies aber in möglichst weitem Maße geschieht, ist die energische Mitwirkung breiter Volkskreise erforderlich. Viele der vor den Militärgerichten vernommenen Zeugen haben inzwischen ihren Aufenthalt gewechselt. An alle ehemaligen Soldaten, deren Mißhandlungen Gegenstand einer militärgerichtlichen Verhandlung gewesen, ergeht deshalb die Aufforderung, unverzüglich ihre jetzigen Adressen der Redaktion unseres Blattes mitzuteilen. Ebenso müssen die Opfer und Zeugen von Mißhandlungen, die nicht zur militärgerichtlichen Beurteilung gekommen sind, sich bei unserer Redaktion melden. Auch diese Prozesse sollen den Beweis liefern, daß jeder Streich, zu dem der heutige Staat gegen das kämpfende Proletariat ausholt, mit verdoppelter Kraft auf den Urheber selbst zurückfällt.

Labiau-Wehlau.

Der berühmte „Zug nach rechts“ wird in der nächsten Zeit wieder einmal Gelegenheit finden, seine Stärke zu erproben. Durch den Tod des konservativen Reichstagsabgeordneten v. Maffow ist das Mandat von Labiau-Wehlau in Ostpreußen frei geworden. Den Konservativen, die den Verlust eines Wittkämpfers zu beklagen haben, wird es auf der andern Seite sicher doch sehr erwünscht sein, den Beweis für ihre Behauptung antreten zu können, daß die Volkstimmung allerorten gewaltig nach rechts drängt.

Labiau-Wehlau stand schon einmal, Anfang Dezember 1910, im Mittelpunkt des politischen Interesses. Mehr als zwanzig Jahre lang hatte dieser Kreis als sicherster Besitztum der Konservativen gegolten. Noch zwei Jahre zuvor, bei den Blockwahlen, hatte der konservative Kandidat mit 11 575 Stimmen gestiegt, während es der Sozialdemokrat nur auf 3179, der Freisinnige gar nur auf 1760 Stimmen gebracht hatte, so daß im Ganzen nur 4939 antikonserervative Stimmen den konservativen gegenüberstanden. Nun aber ereignete sich der in der Wahlgeschichte außerordentlich seltene Fall, daß eine ganz sprunghafte Verschiebung der Wählerstimmen eintrat. Die Sozialdemokratie erhöhte ihre Wählerzahl um 529 auf 3708, die Fortschrittler aber stiegen um 3767 bis auf 5527 Stimmen! In der Stichwahl gelang es ihrem Kandidaten, dem Bürgermeister Wagner, auch wirklich, mit sozialdemokratischer Hilfe den Kreis zu erobern.

Die allgemeinen Wahlen von 1912 brachten einen bedauerlichen Niedergang der sozialdemokratischen Stimmen auf 2961, die Konservativen erhielten 8356, die Fortschrittler 5850 Stimmen, und in der Stichwahl — kam es wieder anders als nach den Ergebnissen der Hauptwahl anzunehmen war. Die Gegner der Konservativen, die zusammen 8811 Stimmen aufgebracht hatten, brachten es bei der Stichwahl nur auf 8694 und mit 9104 Stimmen ging Herr v. Maffow als Sieger durchs Ziel.

Die Rätsel dieser seltsamen Stichwahl fanden in den Wahlprotesten der Fortschrittler eine gewisse Aufklärung. In diesen Protesten wurde behauptet, daß die Konservativen nicht nur einen unerhörten Terror entfaltet hätten, sondern auch vor den Mitteln der Wahlbestechung nicht zurückgeschreckt wären. Erwiesen sich diese Behauptungen als richtig, dann war das Mandat des Herrn v. Maffow als ungültig zu kassieren. Aber zu der beschlossenen Beweisvernehmung kam es nicht mehr, da das Mandat mittlerweile durch den Tod seines Inhabers erledigt wurde.

So steht Labiau-Wehlau binnen vier Jahren zum drittenmal im Kampf. Die Sozialdemokratie wird dort selbstverständlich ihre ganze Kraft aufbieten, um alte Scharten auszuweihen und selber in die Stichwahlfront mit den Konservativen einzurücken. Käme es aber wieder

wie i. J. 1910 und 1912 — ja was dann? Die guten Fortschrittler sind ja wegen der bekannten Geschichte zum Schluß der Reichstagsession auf die Sozialdemokratie so erschrecklich böse, daß die sozialdemokratische Stichwahlunterstützung wahrscheinlich gar nicht haben wollen. Und uns aufzudrängen — nein, dazu sind wir, trotz unserer vielgeschmähten schlechten Manieren doch zu gut erzogen! Wenn den Fortschrittler also überhaupt noch etwas an den Stichwahlstimmen von Leuten liegen sollte, deren Vertreter bei einem Kaiserhoch nicht mithochten, dann müssen sie es sagen!

Der neue Kurs in Württemberg.

Wer noch daran gezweifelt haben sollte, daß der politische Wind in Württemberg endgültig umgeschlagen hat, wird durch die vor wenigen Tagen erfolgte Auflösung der Stuttgarter Jugendorganisation überzeugt worden sein. Nicht der Stuttgarter Polizeidirektor, der sich durch eine Reihe auf eigene Faust unternommener Aktionen die Sporen des Staatsretters erworben, hat das Verbot ausgesprochen, sondern die Regierung des Reichsfreies, eine dem Ministerium des Innern unmittelbar unterstellte staatliche Behörde. Eine Beschwerde wird daher an dem Verbot kaum etwas ändern.

Die württembergische Regierung kann sich nach allen bisherigen Erfahrungen nicht darüber täuschen, daß sie mit dem Verbot ihren Zweck nicht erreicht. Die wirtschaftliche Entwicklung geht in Württemberg, wenn auch etwas langsamer, so doch mit absoluter Sicherheit denselben Gang wie in anderen Teilen des deutschen Reichs und verläuft von Jahr zu Jahr das Heer der heranwachsenden Proletarier. Die Arbeiterjugend, die im Elternhaus, in der Fabrik oder in der bisherigen Jugendvereinigungen zu selbständigem freiem Denken angeregt wurde, läßt sich nicht auf dem Zwangswege in den Jungdeutschland hineinpresse. Nur bitteren Haß gegen das herrschende Regierungssystem pflanzt das Verbot in die Herzen der jungen Arbeiter, die erwachsenen Arbeiter aber, die mit dem Bismarckschen Gewaltregiment fertig geworden sind, werden auch Mittel zu finden wissen, die Heranbildung ihrer Söhne zu freien klassenbewußten Männern erfolgreich fortzusetzen.

Wenn die württembergische Regierung sich das alles selbst sagen muß und trotzdem zu den preussischen Polizeipraktiken ihre Zuflucht nimmt, so beweist das, daß sie sich vollkommen den reaktionären Parteien unterworfen hat, die seit den letzten Landtagswahlen den Ton angeben. Die Konservativen und das Zentrum, die noch nicht 1/10 der Wähler des Landes hinter sich haben, beherrschen die Regierungspolitik und die Nationalliberalen sind stille Teilhaber dieses Kompagniegeschäfts. Wird im nächsten Landtag der neueste Kurs von unseren Genossen angegriffen, so ist nicht zu zweifeln, daß eine große bürgerliche Mehrheit sich hinter die Regierung stellt.

Diese Erscheinungen zeigen, wie weit namentlich das Zentrum und die Nationalliberalen binnen wenigen Jahren nach rechts gerückt sind. Als das Reichsvereinsgesetz vom Bülowblock zurechtgeschmiedet wurde und die alte aus der 48er Zeit gerettete württembergische Vereins- und Versammlungsfreiheit bedrohte, befand sich das Zentrum in der schärfsten Opposition. Seine Führer im Lande priesen die für das ganze Staatswesen wohlthätige Wirkung des alten Rechts. Sie forderten gemeinsam mit der Sozialdemokratie ein Ausführungsgesetz, das in den Punkten deren Regelung den Landesbehörden vorbehalten waren, die bewährte freiheitliche Praxis möglichst erhalten und sicherstellen sollte. Diese Forderung geriet beim Zentrum bald in Vergessenheit. Die liberalen Parteien, die das Reichsvereinsgesetz zu verantworten hatten, verlangten in dringlichen Anträgen alle nur denkbaren Vorkehrungen, um der Handhabung des Gesetzes in Württemberg in preussisch-sächsischem Geist vorzubeugen. Der Minister v. Bischof gab eine unzweideutige Zusage. Die Regierung bemüht sich, die bisherigen Freiheiten auch künftig hochzuhalten. Es werde ein Verein nur dann als ein politischer betrachtet werden, wenn er statutenmäßig politische Zwecke verfolge. Selbst bei ausgesprochenen politischen Versammlungen werde nicht danach geschmüffelt werden, ob jugendliche Personen teilnehmen. „Sie können sich darauf verlassen,“ schloß der Minister, daß die Vollzugsverfügung in diesem Sinne gehalten sein wird.

Das war vor 6 Jahren. Minister v. Bischof hat einem Nachfolger Platz gemacht der über seine ganz andere Sinnesart die Deffentlichkeit nicht lange im Zweifel ließ. Die Konservativen brauchten sich nicht zu ändern, denn sie waren von jeher geschworene Feinde jedes freien politischen Luftzugs. Das Zentrum trieb vom Tage der Entstehung des schwarz-blauen Blocks an eine aufdringliche Hege gegen die Sozialdemokratie, die Haltung der Regierung war ihm zu lässig. Die Nationalliberalen stimmten mit innerem Behagen jedem Gewaltakt gegen die Arbeiterbewegung zu. Bleibt nur die Volkspartei noch übrig, die zu alledem ein süßsaures Gesicht macht ob der Verlegenheit, in die sie durch ihre Mitwirkung am Reichsvereinsgesetz geraten ist. Ihre Presse mißbilligt zwar die Auf-

Lösung der freien Jugendorganisation, vermag aber bei dem gegenwärtigen Stärkeverhältnis der Parteien irgendwelchen Einfluß nicht auszuüben.

Daß die württembergische Regierung ein Schwanken nach rückwärts gemacht hat, war schon bei einer Reihe von Gelegenheiten wahrzunehmen.

Der Wellengang der Strömungen die der politischen Geschichte des Schwabenlandes das Gepräge geben, ist wieder einmal an einem Tiefpunkt angelangt, der aber überwinden werden wird.

Deutsche Politik.

Die Großmächte und Albanien.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht folgende offiziöse Notiz über Albanien:

Die Regierungen der Großmächte haben, soweit bekannt, ihre Bereitwilligkeit erkennen lassen, nach den albanischen Gemässen Kriegsschiffe zu entsenden.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

In der bürgerlichen Presse war behauptet worden, der Reichstagsabgeordnete für den Rudolstädter Wahlkreis, Genosse Arthur Hofmann in Saalfeld, habe in einem Vortrage über obiges Thema in der Kreisgeneralversammlung unserer rudolstädter Parteioorganisation von einer Wandlung der Sozialdemokratie in der Frage der Kolonialpolitik gesprochen.

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution. Von Anatole France.

35

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

(Fünftes Kapitel.)

Am morgen des 7. September begab sich die Bürgerin Rochemaure zu dem Geschworenen Gamelin, der sich eines Verdächtigen aus ihrer Bekanntschaft annehmen sollte.

„Hier haufen Sie, Maurice? Belästigung haben Sie hier freilich nicht zu fürchten. Nur der Teufel oder die Ragen suchen Sie hier auf.“

aus der hervorgeht, daß er nie behauptet hat, die Fraktion habe beschlossen, Parteigenossen zum Studium nach den Kolonien zu schicken.

„Das könne aber nicht im Gefolge haben, daß wir der Kolonialpolitik, wie sie letzten Endes Regierung und bürgerliche Parteien gutheißen oder entschuldigen, irgend welche Konzessionen machen, sondern wir müssen versuchen, durch eine schonungslose Kritik dieser unter spezieller Berücksichtigung kapitalistischer Profitmacherei betriebenen „Kolonisation“ die Giftgase auszubrechen.“

Weiter erklärt Genosse Hofmann noch, daß es ihm niemals eingefallen sei, in irgendwelche Kolonialschwärmerei zu verfallen; er würde vielmehr ebenfalls für eine Liquidation der Kolonien sein, wenn es in unserer Macht stünde.

Der deutsche Wehrbeitrag und die Schweiz.

Es wurde berichtet, daß der Schweizer Bundesrat beschloß, bei der deutschen Reichsregierung Einspruch gegen die Heranziehung Schweizer Bürger zur Wehrsteuer zu erheben.

Nationalliberale Heße gegen die Gewerkschaften.

In der jüngsten Nummer der „Nationalliberalen Korrespondenz für die Rheinprovinz“ wird die Politisch-Erklärung der Gewerkschaften unter bestigen Ausfällen gegen den alten Bergarbeiterverband durchaus gebilligt.

Die leitenden Männer sind alle in der Rolle gefärbte Sozialdemokraten und speziell im alten Bergarbeiterverbande gibt es auf der ganzen Linie kein Generalfeldmarschall Hermann.

unter die Mitglieder geht. Kann man unter solchen Umständen noch von unpolitischen Gewerkschaften sprechen?

Es ist charakteristisch für die Entwicklung innerhalb der nationalliberalen Partei, daß ein Organ, das sich bisher stets gegen die Richtung Fuhrmann und Deumer wandte, nun auch schon in den Ton übelster Scharfmacherei verfällt.

Ausland.

Belgien.

Der Wahlrechtskampf der belgischen Arbeiterpartei. Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei erläßt einen Aufruf zur Arbeit für die Verfassungsrevision, dem wir folgende Sätze entnehmen:

Die Wahlen von 1914 sind beendigt. Sie waren für den Sozialismus und die Sache der Verfassungsrevision ein glänzender Erfolg.

Es ist nun erforderlich, daß der Kampf um die Verfassung beginnt. Am 12. März 1913 hat der Ministerpräsident de Broqueville erklärt, daß zwei wesentliche Gründe die Regierung verhindern — sei es direkt, sei es indirekt —, den Weg der Verfassungsreform zu beschreiten: die Drohung mit dem Generalstreik und die Tatsache, daß die Majorität, welche am 2. Juli gewählt wurde, sich gegen die Revision ausgesprochen hat.

Von beiden Argumenten besteht das erste nicht mehr. Der Generalstreik hat ja stattgefunden. Er war friedlich und gestaltig. Er ist beendigt worden durch die einstimmige Annahme der Tagesordnung Mason.

In Bezug auf das andere Argument hat der Ministerpräsident selbst, indem er sich auf die ablehnende oder sogenannte ablehnende Haltung der Wählerschaft berief, in den klaren Ausdrücken dargelegt, unter welchen Bedingungen dieses zweite Argument fallen könne: wenn die Wählerschaft sich für die Verfassungsrevision ausgesprochen hat, so wird das für eine lokale Regierung ein kostbarer Fingerzeig sein.

Diesen Fingerzeig haben die Wähler am 4. Mai in der unzweifelhaftesten Weise gegeben. Es ergibt sich, wenn man die Wahlergebnisse von 1912 und 1914 zusammenschaut, daß die drei Parteien der Opposition, welche in ihrem Wahlprogramm das allgemeine Stimmrecht fordern, im ganzen 1.327.887 Stimmen gegen 1.321.949 Stimmen der Regierungskandidaten erhalten haben.

Das ist nicht nur allein die wirkliche Majorität, die Majorität des pluralwahrschreies, welches die Gerechtigkeit des pluralwahrschreies bewirkt. Und noch mehr: unter den Wählern der Regierungsminderheit sind Tausende, die für politische Gleichheit und die Verfassungsrevision sind.

Unter diesen Umständen wird es von dem Willen und der Tatkraft der Arbeiterklasse abhängen, daß die Wahlen von 1916 Wahlen sind für die Verfassung und für die Revision.

Ans Wer denn, damit es so werde!

Es wird im Jahre 1916 fünfzig Jahre sein, daß die Arbeiter Belgiens zum erstenmale die politische Gleichberechtigung forderten.

Das Jahr 1916 muß für das belgische Proletariat das große Jahr werden, das Jahr, wo es die Frucht unermüdlicher und heldenhafter Anstrengungen erntet. Dazu ist es notwendig, daß unsere Anstrengungen sich erhöhen.

Am zweiten Dienstag des kommenden November werden die 40 Erwählten der Arbeiterpartei dem Parlamente die Petition für das allgemeine Wahlrecht überreichen. Bis dahin muß das ganze Land besucht sein und Tausende von neuen Unterschriften müssen zu denen kommen, die bereits gesammelt sind.

„Glauben Sie?“ rief die Bürgerin aus, voll Begier, sich an dieser schönen Intrige zu beteiligen.

„Schließlich“, fuhr Brotteaux fort, „kann auch die Vende liegen, und die Priesterhaft erhebt sich von neuem auf Trümmerhaufen und Leichenhügeln. Sie ahnen ja nicht, teure Freundin, welche Macht der Klerus über die meisten Seelen noch hat. . . Ich habe mich verprochen, ich meinte die meisten Seelen. . . Nach meiner Ansicht ist das Wahrscheinlichste, daß das Revolutionstribunal das Regime, von dem es eingesetzt ist, vernichtet; es bedroht zu viele Köpfe. Die von ihm Erbsrechten sind zahllos; sie werden sich zusammen tun, und um es zu vernichten, werden sie das ganze Regime stützen. Ich glaube, auf Ihre Veranlassung ist der junge Gamelin in diesen Gerichtshof berufen worden. Er ist tugendhaft; er wird ein Bäterich werden. Je mehr ich darüber nachdenke, liebe Freundin, um so mehr glaube ich, daß dieses Tribunal, das die Republik retten soll, sie zerstören wird. Der Konvent wollte, ganz wie das Königtum, seine großen Strafgerichte, seine peinlichen Gerichtshöfe haben, und sich durch Beamte sichern, die er ernennet, und die von ihm abhängen. Aber wie sehr stehen die großen Strafgerichte des Konventes denen der Monarchie nach, und wie viel unpolitischer ist sein heimlicher Gerichtshof als der Ludwigs XIV! Im Revolutionstribunal herrscht ein Geist niedriger Justiz und blöder Gleichmacherei; der wird es bald verhasst und lächerlich machen und jedermann Widerwillen einflößen. Wissen Sie, Luise, daß dieses Gericht, vor dem die Königin von Frankreich und einundzwanzig Gelehrter demnächst erscheinen sollen, gestern eine Dienstmadge beurteilt hat, weil sie in böser Absicht, um die Republik zu stützen, gerufen hat: „Vive le roi!“ Unsere Richter mit ihren schwarzen Federhüten arbeiten im Stil William Shakespeares, den die Engländer so lieben und der in die erschütternden Szenen seiner Stücke grobe Narrenpöffen einflüßt.“

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreich-Ungarn.

Wieder ein politischer Skandal in Ungarn. Demnächst wird Budapest wieder einen politischen Skandalprozess haben. Es wird von dort gemeldet, ein führendes Mitglied der Regierungspartei, der Abg. Mandi, der Direktionsmitglied der ungarischen Bodengesellschaft ist, habe die ungarische Regierung um 2 Millionen Mark betrogen. Im vergangenen Jahre erwarb die Bodengesellschaft vom Fürsten Friedrich zu Anhalt-Desau das 21000 Morgen umfassende Gut Hertel. Auf dem Gut befanden sich u. a. auch einige Fabriken für landwirtschaftliche Produkte. Der Kaufpreis betrug 2800000 Kronen. Die Gesellschaft verkaufte die Fabriken, das gesamte Zubehör, und ließ die wertvolleren Teile des Acker parzellieren. Es blieben dann noch 16000 Morgen minderwertiges Land übrig. Der ungarische Staatsfiskus kaufte diese, die durch einen staatlichen Sachverständigen auf 800000 Kronen taxiert worden sind, für 2600000 Kronen an, für unbekannt und vorher unbestimmte Zwecke. Mandi hat nun den Medaieur Adam Persian, der die Sache in der Presse besprochen hat, wegen Verleumdung und Ehrenbeleidigung verklagt. Der Gerichtshof hat die Beweisaufnahme angeordnet.

Badischer Landtag.

Mit der gestrigen Sitzung nahm der Landtag seine Arbeiten nach den Pfingstferien wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung überreichte Finanzminister Dr. Rheinboldt seinen 2. Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1914 und 1915, der im Ganzen eine Mehrforderung von 914560 Mfl. enthält. Der erste Punkt der Tagesordnung war der Gesetzentwurf über die Berufsvormundschaft, der schon einmal dem Plenum vorlag. Auch heute wieder war dem Zentrum der Gesetzentwurf nicht konfessionell genug durchgesetzt, weshalb es ihn, nachdem ein seinen Wünschen Rechnung tragender Antrag keine Zustimmung gefunden hatte, ablehnte — ohne jedoch damit die Annahme des Gesetzentwurfs durch die Nationalliberalen, Fortschrittler, Sozialdemokraten und durch die gestern dem Zentrum untreu gewordenen Konservativen verhindern zu können. Genosse Gedwies gelegentlich der Beratung dieses Gesetzes zutreffend auf die Tatsache hin, daß heute von mindelsicherer Anlage von Mündelgeldern nicht mehr geredet werden könnte. Die Stellung der sozialdem. Fraktion wurde durch den Gen. Böttger präzisiert.

Zu längeren Auseinandersetzungen gab der Gesetzentwurf auf Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches Anlaß. Das Zentrum wollte hierbei für die Kirche besondere Ausnahmerechte haben, die dem Geiste der Verfassung zuwiderlaufen. Die Nationalliberalen wiederum konnten sich nicht dafür begeistern, daß eine Meldepflicht zum Wohnungsnachweis geschaffen wird, der für das wohnungssuchende Publikum wertvolle Bedeutung hat, wenn dies auch spezifisch habgierigen Hausbesitzern nicht gelegen sein mag. Zentrum und Nationalliberalen fanden sich daher auch bei verschiedenen Einzelabstimmungen zusammen. In wirkungsvoller Weise zerpflückte Genosse Dr. Frank die Argumente des Zentrums und der Nationalliberalen, um in entschiedener Weise für die Meldepflicht zum Wohnungsnachweis einzutreten. Der Gesetzentwurf gelangte schließlich gegen 8 Stimmen des Zentrums zur Annahme.

85. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 8. Juni. Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 4,25 Uhr. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Dusch, Minister v. Bobman und Minister Dr. Rheinboldt. Präsident Rohrbach: Nach den Tagen der Erholung und der an schönen Eindrücken reichen Bodenreise nehmen wir jetzt mit dem Ausdruck des Dankes an die Gattgeber die Arbeit wieder auf, in der Hoffnung, bis zu Ende dieses Monats die Arbeiten zu einem geordneten Abschluß zu bringen. Eingänge: Petition des Gemeinderats Motenfeld wegen Beilegung des schienenrechtlichen Uebergangs am Niederbühlertor in Rastatt; des Pegauabkommittes wegen Er-

Theater und Musik.

Opernhaus Karlsruhe.

„Die Walküre.“ Am Sonntag abend hatten wir nun Gelegenheit, den neuen Soubrette Josef Schöffel auch noch als „Siegmund“ in der „Walküre“ zu hören. Es ist ja allerdings reichlich viel, was dem jungen Sänger in der kurzen Zeit seines hierigen Wirkens aufgebürdet wird und deshalb darf man auch nicht die Ansprüche an sein vielverheißendes Können gleich zu hoch stellen. Der Sänger war unseres Wissens in den drei bis jetzt gesungenen großen Wagnerpartien neu. Das erweist ein gewissermaßen tägliches Können, viele gründliche Proben, ein allmähliches Vertrautwerden mit den ungewohnten hiesigen Raumverhältnissen; wenn man alle diese sehr wesentlichen Umstände in eine sachliche Ermüdung nicht, wird man die momentane stimmliche Ermüdung am Schluß des 1. Aktes wohl begreifen und zu entschuldigen wissen. Ein „Wag.“ a. in der Zwischenszene hätte für den Sänger jedenfalls eine angenehme Entlastung und Erholung bedeutet und für seine plötzliche vor so ungewohnte Aufgaben gestellte Stimme eine vorteilhafte Entspannung gebildet. Doch immerhin, — wir müssen mit dem Gegebenen rechnen und da bot uns die junge Kraft trotzdem manch günstigen Eindruck und ließ manch wohl gebildeten und noch bildungsfähigen Ansich wahrnehmen. Besonders gilt das von den kritischen Momenten. Hier entfaltete sich sein Organ zu angenehmer, lichter Wärme, was den „Winterhürnen“ in bezug auf sachliche Innigkeit sehr zum Vorteil gereichte. Man darf der Gesamtleistung Schöffels angesichts seiner Jugend und seiner vorhandenen bildungsfähigen Anlagen eine im allgemeinen lobende Note zuerkennen. Selbstverständlich darf der Sänger nicht außer Acht lassen, neben der gesanglichen Weiterentwicklung auch seine darstellerischen Unvollkommenheiten aufs peinlichste zu kultivieren und bis zur höchsten Stufe der Vollendung eines edeln Stiles auszubauen und zu verfeinern. W. Sch.

Naturtheater Diefingen. Es sei darauf hingewiesen, daß am Freitagnachmittag eine Aufführung des „Götter von Verdingen“ auf der Naturbühne in Diefingen stattfand. Die Leistung hofft damit, manchem damit einen Gefallen zu erweisen, der Sonntag aus diesem oder jenem Grunde nicht in der Lage ist, das Spiel zu besuchen. Und es ist, das ist die einstimmige Ueberzeugung derer, die das Spiel schon besucht haben, wirklich des Besuches wert. So lebensvoll kann Götter auf der größten Bühne nicht gespielt werden. Auch am letzten Sonntag verfehlte das Spiel des Eindruckes auf die Zuschauer nicht und entfaltete wieder im großen und Kleinen seine prächtigen Schönheiten.

staltung einer Bahn von Engen bezw. Belfingen nach Thahingen und Verbindung der Donaul- und Schwarzwaldbahn zwischen Röhlingen und Gattlingen; des Landesverbandes städtischer Beamten des Großherzogtums Baden usw. und Regelung der Verhältnisse dieser Beamten; des Grund- und Hausbesitzervereins Karlsruhe in Betreff der Forderung des § 9 der Landesbauordnung (neue Eingabe); des Verbandes der Zigarrenfabrikanten um Abänderung des Vermögenssteuergesetzes; eine Eingabe der Vereinigung geprüfter Justizaktuelle wegen Einreichung derselben im Gehaltsstufen.

Ferner ging ein ein Schreiben des Gr. Ministers des Kultus und Unterrichts, wonach er jederzeit bereit ist, die Interpellation der Abg. Dr. Blum u. Gen. über die Lage der Lehrmittelpflichtigen zu beantworten.

Finanzminister Dr. Rheinboldt legt vor Eintritt in die Tagesordnung einen 2. Nachtrag zum Etat vor. Die verlangten Mittel sollen einer Reihe neuer Forderungen Rechnung tragen, die sich bei den verschiedenen Verwaltungen ergaben. Der zweite Nachtrag schließt ab im ordentlichen Etat mit 422 640 Mfl., im außerordentlichen Etat mit einer Ausgabe von jährlich 491 920 Mfl., sonach eine Ausgabeermehrung für beide Jahre 1914 und 1915 von 914 560 Mfl. Der Abschluß des Haushaltsplans gestaltet sich sonach wie folgt: Die ordentlichen Ausgaben werden betragen 106 062 083 Mfl., die ordentlichen Einnahmen 110 725 865 Mfl., es bleibt sonach ein Ueberschuß von 4 663 782 Mfl., mithin für beide Jahre zusammen 9 327 564 Mfl. Die außerordentlichen Ausgaben betragen für beide Jahre 14 653 360 Mfl., die außerordentlichen Einnahmen 1 350 210 Mfl., mithin hiervon noch zu decken 13 303 150 Mfl. Nach Abschluß des Ueberschusses der ordentlichen Ausgaben verbleibt ein Ueberschuß von 3 975 586 Mfl. Die Mittel hierfür müssen dem allgemeinen Betriebsfonds entnommen werden, der so seinen Zweck erfüllt. Ein Zurückgreifen auf die Amortisationskasse wird daher nicht nötig. Ich habe gehofft, eine Reserve von etwa 3 Millionen zurückzubehalten zu können, da wir im nächsten Budget mit der Neuordnung des Gehaltsstufen rechnen müssen. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt. Trotzdem hoffe ich, wenn nicht unerwartete ungünstige Verhältnisse eintreten, es möglich sein wird, die Neubehälter für die Gehaltsregelung ohne Steuererhöhung zu bewerkstelligen. Eine Zusage kann ich in dieser Hinsicht jedoch nicht geben. In den nächsten Tagen wird ein weiterer Nachtrag für den Eisenbahnbetrieb noch eingehen. Für heute bitte ich um wohlwollende Prüfung des 2. Nachtrags. Der 2. Nachtragsetat geht an die Budgetkommission.

Gesetzentwurf über die Berufsvormundschaft.

Präsident Rohrbach teilt mit, daß der hierzu vorliegende Antrag Bittemann zurückgezogen wurde.

Abg. Dr. Koch (Natl.) erstattet den Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf. Der Gesetzentwurf lag dem Hause schon einmal vor. Er wurde jedoch infolge des Antrags Bittemann an die Kommission zurückverwiesen. Die Kommission beantragt, den Antrag Bittemann, der stärkere Berücksichtigung des religiösen Bekenntnisses verlangt, abzulehnen. Ebenso wird der neuere Antrag Kopf abgelehnt. Im übrigen wird die Annahme des Gesetzentwurfs beantragt.

Abg. Kopf (Zentr.) begründet folgenden Antrag als Zusatz zu § 2 des Gesetzes: Gehört der Berufsvormund einem anderen religiösen Bekenntnis als der Mündel an, so ist die Sorge für die Person des Mündels einem Mitglied des Bekenntnisses des Mündels zu übertragen, dem der Mündel angehört. Insofern der bisherige Vormund dem religiösen Bekenntnis des Mündels angehört, verbleibt er neben dem Berufsvormund im Amte, soweit es sich um die Sorge für die Person des Mündels handelt. Der Antrag wurde mittlerweile zurückgezogen. Der Redner wünscht jedoch die Annahme in anderer Form. Für die Antragsteller besteht noch Bedenken. Eine Berücksichtigung der Konfession ist nötig. Es muß verhindert werden, daß die religiöse Erziehung vernachlässigt werden kann. Die Berufsvormundschaft sollte nur für die Vermögensverwaltung gelten, weshalb wir einen diesbezüglichen Antrag stellen.

Staatsminister v. Dusch bittet, den Antrag des Zentrums abzulehnen. Das Gesetz wäre für uns unannehmbar, wenn der Berufsvormundschaft nur die Vermögensverwaltung obliegen würde.

Abg. Böttger (Soz.): Der Gesetzentwurf wurde bereits in eingehender Weise besprochen. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. Den Antrag des Zentrums lehnen wir ab, da er in Widerspruch mit dem bürgerlichen Gesetzbuch steht und die Tätigkeit der Berufsvormundschaft erschweren würde.

Abg. Dr. Koch (Natl.): Der Abg. Kopf widerlegte die Bedenken gegen seinen Antrag nicht. Wir lehnen seinen Antrag ab. Das Gesetz berücksichtigt die religiösen Bedürfnisse genügend.

Abg. Ged (Soz.): Ich möchte die Großh. Regierung auf einen Mißstand aufmerksam machen, der sich bei der Vermögensverwaltung eingestellt hat. Es gibt nämlich heute keine mündelsicheren Papiere mehr. Wir ist ein Fall bekannt, wo jemand an mündelsicheren Papieren größere Beträge verloren hat. Der Staat hätte eigentlich die Verpflichtung, wenn Mündel durch Kauf von Staatspapieren Geld verlieren, für den Verlust aufzukommen. Ich möchte fragen, wie sich die Regierung hierzu stellt. Staatsminister v. Dusch: Kein Mensch kann etwas dagegen machen, wenn Mündel bei ihren Anlagen Geld verlieren. Der Staat kann nur auf die mündelsicheren Papiere aufmerksam machen. Weiter läßt sich nichts tun.

Abg. Kopf (Zentr.) tritt nochmals für seinen Antrag ein. Abg. Dr. Koch (Natl.): Durch den Antrag des Zentrums würde dem Gesetze das Beste genommen werden. Der Antrag des Zentrums wird gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung mit 39 Stimmen gegen 27 Stimmen des Zentrums angenommen.

Gesetzentwurf über die Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches. Abg. Bittemann (Zentr.) erstattet den Kommissionsbericht. Der Gesetzentwurf befaßt sich mit der Meldepflicht zum Wohnungsnachweis, mit der Regelung der Frage der Anbringung von Meldebildern, sowie mit Anordnungen über Ausgrabungen historischer Funde. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfs. Minister v. Bobman: Die Großh. Regierung wird das Gesetz in dem Sinne handhaben, den sie ihm in der Begründung gab. Ich bitte um Annahme der Regierungsvorlage. Abg. Dr. Koch (Natl.): Ich hege Bedenken gegen die Anzeigepflicht leerstehender Wohnungen. Es würde dies eine Belästigung der Hauseigentümer bilden. Abg. Dr. Hummel (F. Sp.): Sowohl beim Wohnungsnachweis wie beim Meldebildern handelt es sich um öffentliche Interessen, die sich durchsetzen müssen. Ein Schutz dieser Interessen ist daher nötig.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Wir können die Bedenken des Abg. Dr. Koch nicht teilen. Ähnliche Bestimmungen, wie wir sie jetzt schaffen wollen, bestehen in Bayern seit 48 Jahren. Es liegt im Allgemeininteresse, daß eine Förderung des Wohnungsnachweises erfolgt.

Durch die vorliegenden Vorschriften wird das Wohnungsnachweiserleichtert, was in sozialer Hinsicht von großer Bedeutung ist. Ich kann nicht anerkennen, daß durch den vorgeschlagenen Artikel 4, der bei Ausgrabungen die Genehmigung nur verweigern will, wenn sie in gewinnjüchtiger Absicht oder unangemessen erfolgt, eine Verunstaltung des Gesetzes erfolgt. Der Minister hegt ja den gleichen Wunsch, wie der Gesetzesartikel. Nur will er den Passus nicht im Gesetz haben. Die Gründe gegen den Passus sind nicht durchschlagend. Vom Standpunkt der Volksvertretung ist es nötig, daß der Passus in das Gesetz kommt, um eine gesetzliche Regelung zu erwirken. Der Minister sollte froh sein, daß der § 4 in das Gesetz kam, da gerade durch ihn das Zustandekommen des Gesetzes gesichert wurde.

Präsident Rohrbach teilt mit, daß ein Antrag Kopf (Zentr.), v. a. n. s. b. a. (Konf.) u. Gen. einging, der verlangt, daß in den Gesetzentwurf ein Passus kommt, der verlangt, auf Sandlungen, die von den obersten Kirchenbehörden und vom katholischen Oberbischöflichen vorgekommen werden, findet der Artikel 3 der Strafbestimmungen keine Anwendung.

Abg. Kopf (Zentr.): Was die Meldepflicht zum Wohnungsnachweis betrifft, so sollte man hier nicht nur an die Mieter denken. Man muß auch an die Hausbesitzer denken. Durch derartige Vorschriften kommen wir zum Polizeistaat zurück. Man sollte auch nicht so reizbar sein, an jeglichem Meldegesetzbild Anstoß zu nehmen. Bei dem Titel 3 handelt es sich um sehr einschneidende Fragen. Nebenfalls müssen jedoch Einschränkungen gemacht werden, da bisher auch kirchliche Altentümer in Betracht kommen. Es ist doch im Gesetz vom Jahre 1860 festgelegt, daß die Kirche ihr Eigentum selbstständig verwaltet. Durch unseren Antrag wollen wir verbieten, daß die Kirche nicht unter Umständen in eine unwürdige Situation gebracht wird.

Abg. Benedy (F. Sp.): Ich bin mit erbetenen, wenn gegen die Verunstaltungen ganzer Gegenden durch Meldegesetzbilder etc. vorgegangen wird. Eigentümlich berührt es jedoch, daß wir keine Handhabe dagegen haben, daß irgend ein privater Besitzer die Möglichkeit hat, ganze Landschaftsbilder der Öffentlichkeit zu verschließen. Gerade auf unserer Bodenbesitzer hatten wir Gelegenheit, dies zu beobachten und es ist ein sehr hochgestellter Herr, der hierbei in Betracht kommt. Solche Dinge erregen große Unruhe im Lande und darüber hinaus. Hier sollte ein Niegel vorgeschoben werden.

Abg. Dr. Wanner (F. Sp.) bittet, den Antrag Kopf abzulehnen, da er die Annahme des Gesetzes erschweren würde. Der Abg. Kopf legt das Gesetz von 1860 falsch aus, wenn er für die Kirche in solcher Hinsicht eine Ausnahmestellung verlangt.

Abg. Dr. Wagner (Natl.): Die Dinge, auf die Abg. Benedy hinweist, sind allerdings ein Mangel im Gesetz. Man muß sich jedoch vor Uebertreibungen hüten, wie dies in den Vorschlägen Benedys liegt. Das Recht des Eigentümers darf nicht zu sehr beschränkt werden. Und dies kommt beim Wert am Bodenbesitzer, das Abg. Benedy meinte, in Betracht. Es muß den Privaten überlassen werden, aus seinem Besitz Vorteile zu ziehen. Der historische Naturchutz muß auch eine Grenze haben.

Minister v. Bobman: Gegen das Gesetz sind verschiedene Bedenken erhoben worden. Die Belästigung, die den Hausbesitzern aus der Meldepflicht beim Wohnungsnachweis entstehen soll, wird überschätzt. Außerdem entstehen durch einen zentralisierten Wohnungsnachweis Vorteile für die Hausbesitzer. Man muß doch sagen, daß die Meldepflicht eine große Sorge hat. Es handelt sich bei der Meldepflicht um eine sehr bedeutungsvolle Frage unserer Zeit. Man muß dafür sorgen, daß die Leute Wohnungen erhalten. Es ist insbesondere bei der Erstellung von Kleinwohnungen, von größter Bedeutung, einen Ueberblick über den Stand der verfügbaren Wohnungen zu erhalten. Es besteht ein Unterschied zwischen dem Verbot, von Meldeplakaten bei schönen Landschaftsbildern und der Verfügung über historische Landschaften zu wirtschaftlichen Zwecken. Nach der Verfassung ist das private Eigentum gesichert, so daß wir, selbst bei Schaffung eines solchen Gesetzes, die Eigentümer nicht schädigen dürfen, was sehr schwierig ist. Es ist Pflicht der Regierung, der Uebertreibung der Melde entgegenzutreten. Gegen den Antrag Kopf habe ich grundsätzliche Bedenken. Es wäre eine Keuerung, wenn in dieser Hinsicht ein besonderes Gesetz zugunsten der Kirche bestünde. Auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1860 kann man doch nicht verlangen, daß für die Kirche andere Bestimmungen gelten als für andere Staatsbürger.

Abg. Bittemann (Zentr.) tritt für den Antrag Kopf ein.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Der Antrag des Zentrums ist für uns unannehmbar, da er ein Unikum ist. Wir finden nirgends irgend einen Paragraphen in einem Strafgesetzbuch, der eine solche Ausnahme vorsieht. Was für die Gemeinden gilt, muß auch für die Kirche gelten. Der Antrag des Zentrums schließt eine Änderung der Verfassung in sich, wozu auch eine entsprechende Mehrheit notwendig wäre. Der Artikel 4 gibt dem Staat das Recht, seine Zustimmung zu Ausgrabungen zu versagen, wenn sachliche Bedenken bestehen. Es ist nur billig, daß der Staat bei diesen Dingen gefragt wird. Man muß die Sache so behandeln, daß der Geist der Verfassung nicht verletzt wird.

Abg. Kopf (Zentr.) beantragt, seinen Antrag dahin abzuändern, daß anstelle des Wortes Strafbestimmungen Bestimmungen gesetzt wird. Damit wollen wir nicht, daß die Kirchenbehörde das Recht habe, eine Verordnung zu erlassen.

Minister v. Bobman: Die vorstehenden Bestimmungen sind Strafbestimmungen, so daß durch den neuerlichen Antrag Kopf nichts geändert wird. Wenn wir die Kirche bei den für die Ausgrabung in Betracht kommenden Institutionen nicht besonders nennen, so lag dies in der Natur der Sache. Im übrigen wird die Verweigerung von Ausgrabungen nur aus sachlichen Gründen gestattet. Ich kann hier keine Ausnahme von Verordnungen gestatten.

Der Antrag Kopf (Zentr.) wird mit 33 Stimmen der Linken gegen 28 Stimmen des Zentrums und der Konservativen abgelehnt. Der Titel I des Gesetzes, der die Meldepflicht zum Wohnungsnachweis verlangt, wird mit 31 Stimmen gegen 26 Stimmen des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen. Der Titel IV des Gesetzes, der Ausgrabungen nur verweigern will, wenn sie in gewinnjüchtiger Absicht oder in unsachlicher Weise vorgenommen werden, wird gegen die Stimmen der meisten Nationalliberalen angenommen. Der ganze Gesetzentwurf wird gegen 8 Stimmen des Zentrums angenommen. Nächste Sitzung: Dienstag vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Umzugslosgesetz und Eisenbahnbauetat. Schluß der Sitzung: 1/8 Uhr.

Die Arbeiten des Landtages

gehen ihrem Ende entgegen. Man hofft, Ende dieses Monats den Landtag schließen zu können. Der Ausschluß der Vertrauensmänner der Zweiten Kammer beschloß gestern, diese Woche mit Ausnahme des Donnerstags jeden Tag eine Plenarsitzung abzuhalten, jedoch die Beratung des Eisenbahnbudgets noch diese Woche erledigt werden kann. Nächste Woche sollen einige Initiativ-Anträge, Interpellationen und eventuell noch einige Petitionen beraten werden.

Badische Politik.

Der Keger Wader.

Wie vorauszusehen war, hat die Meldung des „Differvator Romano“, daß die hl. Kongregation die Rede Waders „Zentrum und kirchliche Autorität“ auf das Verzeichnis der verbotenen Schriften gesetzt hat, großes Aufsehen erregt und die gesamte Presse nimmt von diesem denkwürdigen Vorfall gebührend Vermerkung. Denn so was kommt nicht alle Tage vor. Herr Wader, der sich rühmen konnte, den gesamten badischen Klerus mit samt den kirchlichen Autoritäten, Erzbischof und Weihbischof, auf die Knie vor ihm bezwungen zu haben, jetzt selbst auf dem Index. Die Schrift Waders wird also gleichgestellt mit Werken bedeutender Forscher und Philosophen wie Giordano Bruno, Spinoza, Voltaire, Rousseau, Kant etc., sowie Schriftsteller und Dichter wie Heine, Lamartine, Renan, beide Dumas, Zola usw., die ebenfalls auf dem Index stehen.

Die Indexeinrichtung hängt zusammen mit der Inquisition. Diese veröffentlichte 1559 den ersten römischen Index. Nach der Bulle Benediktis XIV. vom 9. 7. 1758 kann die Verbannung eines Buches erfolgen, ohne daß der Verfasser gehört worden ist (so z. B. im Falle Schell). Unterwirft sich der Verfasser dem Urteil der Indexkongregation, so wird diese „lößliche Unterwerfung“ öffentlich bekanntgemacht. Diejenigen, welche „ohne Vollmacht des apostolischen Stuhles die auf den Index gesetzten Bücher wissenschaftlich lesen und eben diese Bücher bewahren, drucken und wie auch immer verteidigen“, verfallen „infolge dieser Handlung von selbst der dem römischen Bischof in besonderer Weise vorbehaltenen Exkommunikation“, d. h. Ausschluss aus der katholischen Kirche, in dem Falle gleichbedeutend mit Ueberlieferung zur ewigen Höllenstrafe. (Wer nicht pariert, der fliegt!)

Im Mittelalter hat man freilich in solchen Fällen keinen Spaß verstanden und die Indexcensoren möglichst sofort dem Scheiterhaufen überantwortet und bei lebendigem Leibe verbrannt, damit sie einen kleinen Vorgeschmack von den ihrer erwartenden Höllengüssen bekommen. (Wie es bekanntlich Giordano Bruno gegangen ist.) Was man hat, hat man. Herr Wader kann also froh sein, daß wir nicht mehr im Mittelalter leben. Von den integralen „Betrusblättern“ wurde ihm bereits der Kegerhut auf das demofte Haupt gefüllt und dieser Akt ist jetzt von der höchsten Instanz dem hl. Stuhl in Rom ausdrücklich bestätigt.

Herr Wader muß also, wenn er nicht der Exkommunikation verfallen will, einlefen. Aus diesem Grunde ist es begreiflich, daß der „Bad. Beobachter“ diese Einlenkung bereits durchblicken läßt, denn am Schlusse seines Artikels in der Sonntagsnummer schreibt er:

„Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß unter Umständen, die den Aufsatz enthaltene Prognose später wieder mit den kirchlich gewünschten Korrekturen (1) bezüglich der theologischen Partien des Aufsatzes herausgegeben wird. Darum ruhig Blut! Unser badischer Zentrumsführer Wader ist und bleibt der Mann, der seit über einem Menschenalter zu den entschieden geschicktesten, aber auch verdienstlichsten Kämpfern um die Freiheit der katholischen Kirche gehört.“

Korrigiert also Herr Wader, und das wird wahrscheinlich geschehen, so bleibt dennoch das eine bestehen: Die Integralen haben gegen Wader einen glatten Sieg davongetragen und seine Politik wird von der höchsten kirchlichen Instanz mißbilligt.

Die Waldmichelerei Schöpfers.

Der Brief Dr. Schöpfers an die Zentrumsblätter von Solzhausen, in welchem ausdrücklich gesagt ist, daß „es der gut katholischen Gemeinde Solzhausen nicht gleichgültig sein darf, daß der 22. Landtagswahlkreis einen protestantischen Vertreter in den Landtag führt“, ist dem Zentrum ziemlich unangenehm. Die „Freiburger Tagespost“ versucht daher am Samstag eine Ehrenrettung Dr. Schöpfers und versteigt sich zu folgender, geradezu lächerlichen Ausrede:

10. Stiftungsfest des Arbeitergefangvereins „Vorwärts“-Weingarten.

In festlichem Rahmen, unter lebhafter Beteiligung der heimischen Arbeiterschaft sowie zahlreicher Freunde und Gangesenossen von nah und fern, beging am 6., 7. und 8. Juni der Arbeitergefangverein „Vorwärts“ Weingarten das 10-jährige Bestehen. Wögen 10 Jahre Bestehen äußerlich betrachtet auch eine kurze Spanne Zeit darstellen, so bedeuten sie für einen Arbeiterverein dennoch oft, was Schwierigkeiten, Kämpfe und Opfer andeutet, weit mehr wie für manchen bürgerlichen Verein ein 20., 40., 50. und noch mehrjähriges Bestehen. Mühsam, nur auf sich selbst, die eigene Dille, die Opferwilligkeit der Mitglieder angewiesen, muß sich der Arbeiterverein seinen Weg bahnen, Mann für Mann muß gewonnen werden, oft aus den bürgerlichen Vereinen heraus, die mit Hohn und Verleumdung dann den mutigen, jungen Kämpfern verfolgen. Kampf auf der ganzen Linie bedeuten auch für unsere Vereine auf dem Lande die Jahre ihres Bestehens. Wenn sie dennoch, trotz dieser Schwierigkeiten, auch in ihren Leistungen weit die alten bürgerlichen Vereine überholt haben, so zeigt das am besten, mit welchem Idealismus, mit welcher Begeisterung sie an ihre Aufgabe herantreten. Vorwärts, nach innen und außen hin, das ist die Devise, unter der auch die Arbeitergefangvereine ihre Wege machen. Vorwärts, wie auch sein Name schon sagt, hieß es auch immer für den Arbeitergefangverein „Vorwärts“ Weingarten. Das zeigte sich am schönsten bei seinem Feste, das sich zu einer glänzenden Veranstaltung für den freien Arbeitergefang gestaltete. Die Einleitung bildete am Samstagabend ein Banquet in der Festhalle, das dem ganzen Feste einen würdigen und eintraudvollen Auftakt verlieh. Unter den Klängen einer Musikkapelle, geführt von einer schmunzlenden Radfahrtruppe, die ihre Köder prächtig geschmückt hatte, marschierte der Verein, etwa 80 Mann stark, gegen 9 Uhr in das Festlokal, das sich alsbald mit einer zahlreichen Teilnehmermasse füllte. Schön war der Saal geschmückt, inmitten grüner Blattpflanzen waren die Wände von Marx und Engels aufgestellt, von der Wand grüßte aus Tannengrün das Bild Webers. Unter Mitwirkung des festgebenden Vereins, unter Leitung von Herrn Ch. Kassel, der Feuerwehrtroße Weingarten, des Zentrums Weingarten, des Kraftsportklub „Germania“ sowie der Solisten Karl Helleisen und Joh.

Im Brief war vom liberalen Protestantismus die Rede, vor dessen Wahl wurde gewarnt und konnte gewarnt werden, weil auch aus positiv gläubigen protestantischen Kreisen des Bezirks Versicherungen vorlagen, daß ihnen schon wegen der Schulfragen die Wahl des Katholiken lieber sei, als die des protestantischen oder liberalen Kandidaten. ... Nicht das Interesse des Zentrums hat den Brief diktiert, sondern das gemeinsame Interesse von Katholiken und Protestanten. Nicht gegen den Protestantismus als solchen wandte sich der Brief, sondern gegen den liberalen protestantischen Kandidaten war er gerichtet.

Mit dieser spitzfindigen Jesuiterei wird aber Herr Schöfer die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß er die Wahl eines Protestanten für ein Unglück bezeichnete. Das Zentrum, welches sonst bei Wahlen immer mit der „gemeinsamen christlichen Weltanschauung“ operiert, wenn es gilt Stimmen von Protestanten für seine politischen Zwecke einzufangen, ist durch Schöpfers Waldmichelbrief in arger Weise bloßgestellt. Die „gemeinsame christliche Weltanschauung“ ist ein Zentrumswahlschwindel und bleibt es.

Unangebrachte Entrüstung.

Die „Offenburger Zeitung“ behandelt in einem längeren Artikel das Ergebnis der Gerichtsverhandlung über die Schieberei in Offenburg. Weil wir im Anschluß an das Urteil geschrieben haben:

Der verhängnisvolle Schuß hatte seinerzeit in der Presse viel Staub aufgewirbelt und zu allen möglichen Schlussfolgerungen geführt, die allerdings auch viel der schabigen, persönlichen Kampfesweise des Zentrums im Wahlkampf zuzuschreiben sind. Hatte doch diese Partei in der persönlichen Verunglimpfung der Gegner das Menschenmögliche geleistet. Kein Wunder, wenn nun einmal der Schuß nach hinten losging und diese unnobbe Kampfesweise sich am Zentrum selbst häßte.

deshalb wirkt uns das Blatt „fürchterliche Verdrehungslust“, „Schamlosigkeit“ usw. vor. Zu seiner Veruhigung können wir aber betonen, daß wir kein Wort von dem zurückzunehmen haben. Es ist doch eine nur zu bekannte Tatsache, daß das Zentrum gerade bei jener Wahl eine perfide, persönliche Setze entfaltete, die nicht mehr zu überbieten ist, sodas der Verdacht, daß der Attentäter in Zentrumskreisen zu suchen ist, begründet war. Daß dieser Verdacht aufkommen konnte, dazu hat das Zentrum sein gut Teil beigetragen. Der Entrüstungsrummel der „Offenb. Ztg.“ ist sehr unangebracht.

Die Errichtung eines Landgerichts in Pforzheim. Der zweiten Kammer ist jetzt der kürzlich schon angekündigte Gesetzentwurf über die Errichtung eines Landgerichts mit dem Sitz in Pforzheim zugegangen. Sein Bezirk umfaßt den Amtsgerichtsbezirk Pforzheim, der vom Landgericht Karlsruhe losgetrennt wird. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf wird gesagt, daß die Bestrebungen der Stadt Pforzheim auf Erlangung eines Landgerichts bis in das Jahr 1863 zurückgehen. Das neu zu errichtende Landgericht wird voraussichtlich mit einem Präsidenten, einem Direktor, 7 Räten, 5 Sekretären, 2 Aktuarien, einem Büroassistenten, einem Bürohilfen, einem Kanzleiassistenten, 2 Maschinenführerinnen und 2 Dienern zu besetzen sein. Davon sollen dem Landgericht Karlsruhe entnommen werden 1 Direktor, 5 Räte, 4 Sekretäre, 2 Aktuar, 1 Kanzleiassistent, 1 Maschinenführer und 1 Diener. Der jährliche Aufwand, mit dem die Staatskasse belastet wird, ist auf 22 820 Ml. veranschlagt.

Mannheim, 8. Juni. In Anwesenheit des Präsidenten des Reichsverwaltungsamtes Geh. Oberregierungsrats Dr. Kaufmann, sowie von Vertretern der badischen Regierung und der Stadt Mannheim wehte die Nationalflagge am Freitag ihr stattliches neues Verwaltungsgebäude in der Augusta-Anlage ein. Bei dem Frühstück, das sich an die Feier angeschlossen, sprach u. a. Reichstagsabgeordneter Wasser mann, der in seiner Eigenschaft als Stadtrat an der Feier teilnahm; er betonte die Notwendigkeit der Fortsetzung der Sozialpolitik mit Rücksicht auf die Weltstellung Deutschlands, die die innere Einigkeit des Reiches als Rückhalt brauche. Die Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Ausbildung der Anwärter für den oberen bahnbetrieblichen Eisenbahndienst. Die Regierungsbaumeister des bahnbetrieblichen Dienstes werden künftig auch im Betriebs- und Verkehrsdienst ausgebildet. Zu diesem Zwecke werden sie während der Vorbereitungszeit zugeweiht: 2/3 Monate einem mittelgroßen Stationsamt mit vereinigttem Dienst, 1 Monat

einem Güteramt, 3 Monate einem großen Stationsamt, 1 Monat einer Betriebsinspektion und einem halben Monat einer Werkstätteninspektion. Durch diese Neuordnung soll ermöglicht werden, künftig auch die Betriebsinspektionen mit technisch vorgebildeten Beamten zu besetzen, wie dies in Preußen schon längst der Fall ist.

Lohnaufbesserungen der Eisenbahnarbeiter. Ein Teil der den Eisenbahnarbeitern zugedachten Lohnaufbesserungen, die verbesserte Ortsgruppeneinteilung, ist nunmehr mit Rückwirkung vom 1. November 1913 in Wirksamkeit getreten. Im ganzen wurden 80 Orte in eine höhere Ortsgruppe eingeteilt. Der Mehraufwand für die Staatskasse beträgt jährlich rund 180 000 Ml.

Kommunalpolitik.

Die Dachstuhlwohnungen. Der Stadtrat von Pforzheim hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Frage der Zulassung der Dachstuhlwohnungen befaßt. Er richtet an das Ministerium des Innern das Ersuchen, in Pforzheim die Zulassung der Dachstuhlwohnungen über dem 4. Stock in möglichst vielen Straßen zu gestatten.

Bürgermeisterwahl in Weßloch. Die Bürgermeisterwahl, die durch die Amtsniederlegung des Bürgermeisters Weßloch notwendig wurde, findet nächsten Samstag um 11 Uhr hier statt. Man rechnet damit, daß Herr Weßloch wiedergewählt wird.

Aus der Partei.

x. Anklingen, 6. Juni. Gestern abend fand eine Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins statt, die als ersten Tagesordnungspunkt: „Stellungnahme zum badischen Parteitag“ hatte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die hiesige Parteimitgliedschaft durch einen Delegierten vertreten zu lassen. Es wurde hierzu Gen. Wilhelm Knobloch, Schöfer, Schulstraße, bestimmt. Ferner wurde bestimmt, daß unsere Organisation einen Beitrag zur Fahnenweihe des hiesigen Arbeitergefangvereins „Sängerbund“ leistet, da viele Genossen beiden Vereinen angehören und der „Sängerbund“ bei Parteifestlichkeiten immer mitwirkt. Hierauf wurde Bericht erstattet von der letzten Wärgerauscheidung, in welcher seitens unserer Fraktion eine Anfrage wegen Aufhebung des Schulgebüdes gestellt wurde. Mamentlich war man entrüstet über die Antwort, die uns seitens der liberalen Fraktion, die früher schon einmal beschlossen hatte, für Aufhebung des Schulgebüdes zu stimmen, erteilt wurde. Auch wurde betont, daß sich die bündlerische Wärgerauscheidung durch ihre starr abneigende Haltung in Gegensatz zu ihrer Vertretung im Landtag gestellt hat, wo bekanntlich der Abg. Fischer lebhaft für Aufhebung des Schulgebüdes eintrat. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in kürzester Zeit die hiesigen bürgerlichen Parteien sich endlich auch einmal zu diesem fortschrittlichen Beschlusse aufraffen.

Nach Behandlung einiger Internas, was im Gegenfatz zu früher in würdiger und sachlicher Weise geschah, wurde noch über die hiesigen Fleischpreise gesprochen und angetregt, mit den hiesigen Metzgern über Herabsetzung derselben zu verhandeln, da wir sonst Mittel und Wege finden werden, billigeres Fleisch zu beziehen, als es hier zu haben ist. Bei den äußerst niedrigen Vieh- und Schweinepreisen können die Metzger, ohne sich zu schädigen, die Fleischpreise herabsetzen. Es wurde betont, daß in den größeren Städten das Pfund Rindfleisch 60 Pf., Bratenfleisch 70 Pf., kostet, während hier nur 44 Pf. verlangt werden.

Preßprozeß. Genosse Raub, der Verantwortliche unseres Jittauer Parteiblattes, wurde wegen angeblicher Verleumdung des christlichen Gewerkschaftssekretärs Sparenberg in Dresden zu 150 Ml. Geldstrafe verurteilt. Die „Volkszeitung“ in Jittau hat den christlichen Gewerkschaften den Vorwurf gemacht, sie hätten bei den Krankenkassenwahlen in Rostock mit den Unternehmern gearbeitet. Sparenberg stellte darauf für sich den Vorwurf der Bestechlichkeit her und hatte Strafzahlung gestellt.

Soziale Rundschau.

Fleischabschlag. Aus Pforzheim wird gemeldet: Der Uberschuß an Schlachtschweinen bringt ein Sinken der Schweinefleischpreise mit sich. Von heut ab kostet hier das Schweinefleisch 90 Pf. für Braten und Koteletts und 72 Pf. für fette Stücke mit Schwarte und Beilage. So billig ist hier schon seit vielen Jahren das Schweinefleisch nicht gewesen. Die übrigen Fleischpreise halten sich auf dem alten Stand: Ochsen- und Rindfleisch 92 Pf., Kalbfleisch 1 Ml., Hammelfleisch 90-96 Pf.

Anerkennung, ihr Vortrag zeugte von fleißiger Arbeit. — Die mitwirkenden beiden Sportvereine zeigten ganz vorzügliche Leistungen. Der Turnverein Weingarten stellte sehr gelungene Barrenpyramiden, die allgemeinen Beifall fanden, auch zeigten im zweiten Teil des Programms die Mitglieder im Turnen am Barren prächtige Leistungen. Der Kraftsportklub „Germania“ führte eine Mutprobe vor, die sehr sauber und sicher „arbeitete“, auch diesen, teils sehr schweren Übungen, wurde lebhafter Beifall gesollt. So verlief also das Banquet in allen seinen Teilen aufs vortrefflichste. Die Leitung durfte schon nach dieser ersten Festveranstaltung auf einen vollen Erfolg hoffen.

Am zweiten Tag hatte auch der Wettergott etwas mitzureden, denn die Veranstaltungen dieses Tages spielten sich im Freien ab. Jupiter Pluvius hatte ein Einsehen, er machte es gnädig mit den freien Sängern, die sich in stattlicher Zahl aus Nah und Fern eingefunden hatten. Es regnete nicht, sodas sich auf dem schön gelegenen Festplatz am Nachmittag ein fröhliches, gemühtliches Festreiben abwickelte. Auch diese Veranstaltung gestaltete sich zu einer eintraudvollen Kundgebung für den freien Männergesang. Mit Interesse folgten die zahlreichen Zuhörer den gesanglichen Darbietungen der verschiedenen Vereine. Besonders die „Kassalla“ Karlsruhe fand mit ihren Vorträgen begeisterte Aufnahme. Eine treffliche Festrede hielt der Gausvorsitzende Martini von Karlsruhe. Mit scharfen Worten geißelte er die Gedankenlosigkeit der badischen Regierung, die nun mit Abstelligkeit der freien Sängerbewegung Chitanen und Schwierigkeiten zu machen veruche. Die freien Sänger werden aber dem neuen Kurs das Wort Jakobis zurufen: Ihr hemmt uns, aber ihr bringt uns nicht! Diese Chitanen werden zur Folge haben, daß die Arbeiter einsehen lernen, daß ihr Platz nicht in bürgerlichen Gesangsvereinen, sondern in den Arbeitergefangvereinen ist, wo sich Gleichgesinnte zusammenfinden zur Pflege des freien Männergesangs. Obwohl der hiesige Verein schon eine respektable Höhe erklommen, sei am Orte dennoch ein großes Feld zu bebauen, darum gelte es, weiter zu arbeiten und zu kämpfen. Das Gock des Festredners galt dem „Vorwärts“ Weingarten sowie der gesamten Arbeitergefangvereinsbewegung. Die Menge stimmte begeistert ein.

Was in den späten Abend herrschte dann ein lebhaftes, reges Treiben. Der „Vorwärts“ kann mit Stolz und Genugtuung auf sein 10-jähriges Stiftungsfest zurückblicken. Nun heißt es, mit frischem Mut und neuer Kraft: Vorwärts, dem 20. Stiftungsfeste entgegen!

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

10-jährige Bestenfeier des Arbeitergefangvereins „Vorwärts“ Weingarten. Gegen diese Bestenfeier wurde in 883 Heften veröffentlicht; die Zahl der betetigten Arbeiterinnen betrug 8788. Gegen das Festbuch hat die Zahl der Arbeiterinnen, gegen die der Schatz verzeichnet wurde, betrug 680. Arbeiterinnen, die die Bestenfeier vorbereiteten, sind in der Liste angegeben. In der Liste sind die Namen der Arbeiterinnen angegeben, die die Bestenfeier vorbereiteten.

geld wird erhoben: von Inhabern von Stadtgarten-Jahreskarten und von Kartenbesitzern 10 Pf., von sonstigen Personen 20 Pf. Kinder und Soldaten zahlen volle Preise.

Das Sommerfest des Künstlervereins. Das Programm des großen Sommerfestes, das der Verein in Verbindung mit dem kommenden Samstag im Stadtgarten veranstalten wird, ist nun in allen Teilen festgelegt. Es verspricht darnach ein Fest von solch reizvoll-phantastischer Eigenart zu werden, wie man es in Karlsruhe wohl noch nie gesehen hat.

Unter den Zeugen befindet sich Exzellenz Geheimrat Professor Dr. Ehrlich. Aus der Vernehmung des Angeklagten geht hervor, daß der „Freigeist“ in einer Auflage von 2500 Exemplaren gedruckt wird, die der Angeklagte hauptsächlich in Birtsharten vertreibt. In seinem Kampfe gegen das Krankenhaus will der Angeklagte durch Zuschriften aus Profithierzentren veranlaßt worden sein.

Frankfurt a. M., 9. Juni. In dem Verleumdungsprozeß gegen den Schriftsteller Karl Wahmann wurde nachts um 1/2 12 Uhr das Urteil gefällt. Wahmann wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; das Gericht ordnete die sofortige Verhaftung Wahmanns an, weil bei der hohen Strafe Flußverbaht vorliege. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt.

Arbeiterriß. Beim Rangieren auf dem hiesigen Bahnhof wurden einem Streckenarbeiter aus Langgossens beide Arme und beide Beine abgefahren; er starb auf dem Transport in die Klinik. Ein zweiter Arbeiter wurde am Kopfe erheblich verletzt.

Berunglückte Bergleute. Essen, 8. Juni. Auf der Zeche Dorstfeld bei Essen wurden drei Bergleute von hereinbrechenden Gesteinsmassen verschüttet und getötet.

Arbeitslosenelend. Berlin, 8. Juni. Wegen Beschäftigungslosigkeit erhängte sich der 56jährige Schneidermeister Albert M. in seiner Wohnung in der Dredenerstraße. Als seine 24jährige Tochter hinzukam, war der Tod bereits eingetreten. Aus dem gleichen Grunde verjüngte der 33jährige Gürtler Otto K. sich im Landwehrkanal zu ertränken, er wurde jedoch gerettet.

Ein neuer Riesen-Dampfer. Hamburg, 6. Juni. Der Stapellauf des dritten Dampfers der Imperator-Klasse findet auf der Werft von Blohm u. Voß am Sonntag den 20. Juni, nachmittags 3 Uhr, statt.

Giftmordprozeß. Hamburg, 6. Juni. Freitag und Sonnabend den 12. und 13. Juni findet in Altona die Schwurgerichtsverhandlung gegen die Frau des Schiffers Mars aus Hamburg statt, die am 20. Juni v. J. unter dem Verdacht, ihren Vater vor einer Reihe von Jahren und ihren Stiefvater vor etwa zwei Jahren im Weimatsdors in Ostpreußen durch Arsenit ums Leben gebracht zu haben, verhaftet und nach Altona transportiert wurde. Die Beschuldigte befindet sich also jetzt beinahe ein ganzes Jahr in Untersuchungshaft.

Wieder ein Advenist verurteilt. Danzig, 8. Juni. Der Grenadier, Advenist Dinse aus Königsberg, der bereits eine sechsmonatige Strafe wegen Dienstverweigerung am Samstag verbüßt, erhielt heute wegen des gleichen Vergehens noch ein Jahr Gefängnis.

Die schwerste Inzaffin der Landesirrenanstalt gestorben. Klosterneuburg, 7. Juni. In der Landesirrenanstalt starb vorgestern eine 54jährige Frau Viktoria Eis. Sie war mit ihrem Körpergewicht von 300 Pfund die schwerste Patientin, die die Anstalt je gehabt hat.

Eine Trapezistinlein abgestürzt. Trebitz, 7. Juni. Im Sirkus „Orient“ ist eine 15jährige Trapezistin, die Tochter des Direktors, herabgestürzt, und außer halb des Schutzes in die Höhe gefallen. Sie hat schwere Verletzungen erlitten, denen sie nach dem Auflegen ist.

Apothekergehilfenstreik. Budapest, 6. Juni. Hier sind die Apothekergehilfen in den Ausstand getreten. Das Streikkomitee hat den Zugang aus der Provinz abgeschnitten, jedoch haben die Streikenden in jedem Stadtbezirk eine Apotheke freigegeben. Ihre Hauptforderungen sind: Gehaltserhöhung und Einführung des Achtstundentages. Der Minister des Innern hat erklärt, daß er bei den Apothekerstreikern für eine Schlichtung der Schwierigkeiten eintreten werde, falls die Apothekergehilfen den Streik beendigen.

Wettersturz. In der verflochtenen Nacht ist in den hohen Lagen der Wogesen ein empfindlicher Wettersturz eingetreten. Auf dem Bogenfelsen, vom Eisfasser Becken bis hinüber zur Schlucht, schneit es wie mitten im Winter. Die Temperatur ist bis auf 2 Grad unter Null gesunken. Auf den Höhen liegt der Schnee mehrere Zentimeter hoch.

Rom, 8. Juni. Nach einigen Tagen warmen Wetters hat sich gestern ein Wettersturz ereignet. Aus ganz Norditalien werden Schnee- und Hagelfälle gemeldet. Auch in Neapel herrscht ein furchtbarer Sturm.

Paris, 9. Juni. Aus mehreren Gebirgsgegenden Frankreichs wird starke Kälte und Schneefall gemeldet; in Paris ging gestern abend ein mit Hagel und Schnee verbundenes Unwetter nieder.

Der Bär im Ballsaal. Paris, 8. Juni. In einem Ballsaal im Vororte Butteaux brach gestern unter den Tänzern eine Panik aus, als dort plötzlich ein Bär erschien, der aus einer Menagerie ausgebrochen war. Die Volksgäste glaubten zuerst, daß sie jemand einen Scherz gemacht habe, indem er sich in ein Värenfell gekleidet habe, mußten sich aber bald von der Echtheit des Bären überzeugen. Verschiedene Frauen wurden verletzt. Der Bär ließ sich von dem bald erschienenen Wärter willig fortführen.

Unfällefall. Neapel, 8. Juni. Ein furchtbarer Wolkenbruch richtete in der Stadt und ihrer Umgebung großen Schaden an; dreizehn beim Kanalbaubeschäftigte Arbeiter wurden von den Wasserstrahlen überrollt; fünf konnten von der Feuerwehr geborgen werden, die anderen acht wurden ins Meer hinausgespült und ertranken.

Der Aetna. Rom, 6. Juni. Der Aetna entsetzt wieder eine lebhaft Tätigkeit. Gestern nachmittags gegen 1/4 12 Uhr ging ein heftiger wellenförmiger Erdstoß von ihm aus. Er stößt fortwährend Rauch und Asche aus.

Mißgeburten. Prag, 7. Juni. In der hiesigen Gebäranstalt hat die 19 Jahre alte ledige Tochter eines Bergarbeiters ein Kind entbunden, das einen ausgeprägten Krötenschnabel aufwies.

Fünf Personen verbrannt. Warschau, 7. Juni. In dem Dorfe Dombrowka ist in dem Hause eines Tischlers ein Brand ausgebrochen, bei dem der Tischler, seine Frau und drei Kinder in den Flammen umkamen.

Riesenfeuersbrunst. Kairo, 8. Juni. Eine Feuersbrunst zerstörte das Mißbestadorf Mitroussa. 15 Personen erlitten den Verbrennungstod, 100 wurden verletzt, mehr als 3 000 wurden obdachlos.

Ein schwerer Unfall. London, 8. Juni. Ein schwerer Unfall hat sich gestern bei Greenwich zugetragen, der in gewissem Sinne an die Katastrophe des Empress of Ireland erinnert. Der Dampfer Oriola, der den Dienst zwischen London und Schottland verkehrt, stieß mit dem Paketdampfer Corinthian zusammen. Der Oriola wurde an der Vorderseite völlig aufgerissen und sank innerhalb 8 Minuten. Glücklicherweise gelang es den Rettungsbooten der Corinthian, die 26 Personen, die sich an Bord des Oriola befanden, aufzunehmen und in Sicherheit zu bringen.

Eine Kundgebung für Pfarrer Wacker.

Dortmund, 7. Juni. Zu dem heutigen Verbandsfest der katholischen Vereine Dortmunds war der badische Generalsekretär Wacker als Festredner erschienen. Der Vorsitzende des Verbandes, der Verleger Renning, der auch Vorsitzender des Augustinusvereins ist, begrüßte in seiner Begrüßungsansprache Pfarrer Wacker als „den Generalfeldmarschall der schwarzen Sultane aus Baden“ und verlas, wie die Tremonia berichtet, zu dem Beschluß der Index-Kongregation eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Ich habe die Hoffnung, daß es sich nur um Mißverständnisse handeln kann, deren Beseitigung schon gelingen dürfte. Wir haben dieser Mißverständnisse in den letzten Jahren, Gott sei geklagt, leider reichlich viele gehabt. Aber wir brauchen deshalb nicht mühsam zu werden. Ruhiges, kaltes Blut! Nebenfalls aber darf ich aussprechen, daß das ganze katholische Deutschland in Herrn Wacker einen der bedeutendsten und verdienstvollsten Führer des katholischen Volkes, einen der unermüdetsten Kämpfer für unsere Kirche und für die politische Partei, der wir angehören, besitzt. Also kaltes Blut bewahren! Dann werden wir auch diese neueste von der liberalen Presse mit viel Beifall begrüßte Sensation des Tages durch unsere wahrhaft katholische Treue, durch unser unerwünschtes Festhalten an unsern bisherigen politischen Grundbegriffen im Sinne unseres Vorkämpfers Wacker überwinden.

Pfarrer Wacker behandelte in seiner Festrede die Bestrebungen und Arbeiten der organisierten Katholiken Deutschlands auf dem kirchenpolitischen und auf dem politischen Gebiet, ohne jede auffallende Erklärung oder Behauptung und machte nicht die geringste Anspielung auf das Vorgehen der Indexkongregation gegen seine Essener Rede oder auf diese Rede selbst. Im Schlußteil seines Vortrages bemerkte er, daß die herzliche Begrüßung, die ihm hier zuteil geworden sei, ihm ein größerer Trost sei, als die Zuhörer vielleicht ahnten.

Zur Lage in Albanien.

Fürst Wilhelm fluchtbereit und nervös.

Durazzo, 8. Juni. Fürst Wilhelm misst jetzt sehr schlecht aus. Reichenfall ist sein Gesicht und fortwährend nervöses Zucken seiner Augen und Mundwinkel. Der Monat bildet den Anblick einer waffenstarreren Behauptung. Es ist alles zu einer neuerlichen Flucht des Fürstenpaares vorbereitet. Ein großer Teil des Gepäcks ist zum Abtransport in Bereitschaft und die wichtigsten Wertgegenstände des Fürstenpaares sollen auf dem Kriegsschiff „Seinetwort“ geborgen worden sein.

Durazzo, 8. Juni. Einer Nachricht aus Torona zufolge wurden die Aufständischen von Regierungstruppen angegriffen und vollständig geschlagen.

Wien, 8. Juni. Die „Albanische Korrespondenz“ meldet aus Durazzo: Infolge der Verhängung des Belagerungszustandes wurde die Einsetzung eines Kriegsgerichtes verfügt. Im Lager der Aufständischen sind ernste Zwistigkeiten ausgebrochen, infolge deren mehr Neigung zur Unterwerfung vorhanden sein soll. Die Lage wird hier als gebessert angesehen. Wie aus Ghasjan gemeldet wird, hat eine Gendarmerieabteilung die Aufständischen nach heftigem Kampfe aus dem Dorfe Bradosch vertrieben. Eine größere Anzahl von Freiwilligen hat sich den Gendarmen, die nach Tirana gehen, angeschlossen.

Letzte Nachrichten.

Landtagsersatzwahl.

Fürth, 8. Juni. Die Sozialdemokratie hat für die Landtagsersatzwahl im Wahlkreis Fürth den Arbeitersekretär Endreß-Fürth als Kandidaten aufgestellt.

Französische Ministerkrisis.

Paris, 8. Juni. Die französische Ministerkrisis befindet sich in einem Stadium völligen Stillstandes. Nachdem Delcasse bereits gestern erklärt hatte, er könne aus Gesundheitsrücksichten nicht sofort ins Elisee kommen, und seinen Besuch auf gestern verschoben hatte, hat er es nunmehr abgelehnt, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Seinem Beispiel schlossen sich gestern die Herren Dupuy und Petral an. Darauf hatte Poincare eine Konferenz mit dem früheren Ministerpräsidenten Doumergue, in der dieser erklärte, daß seiner Ansicht nach nur drei Kombinationen möglich seien, nämlich, entweder ein Kabinett Viviani, Leon Bourgeois oder Ribot. Daraufhin wurde Herr Ribot ins Elisee berufen und Präsident Poincare bot ihm die Neubildung des Kabinetts an. Ribot erbat sich eine Frist, da er noch mit seinen Freunden konferenzieren müsse.

Denkmalsbeschmutzungsprozeß

Berlin, 8. Juni. Die Beschmutzung des Kaiser-Friedrich-Denkmal in Charlottenburg mit roter Farbe fand heute vor der 6. Strafkammer des Landgericht 3 unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Siebert ein gerichtliches Nachspiel. Wegen Vergehens gegen § 304 sind angeklagt: der 24jährige Fabrikarbeiter Rudolf Linke, der 24jährige Chauffeur Göpfer, der 24jährige Maschinenarbeiter Kuhl und der Schankwirt Nau. Die Anklage vertritt der Staatsanwalt Fußmann, als Verteidiger fungieren Geh. Justizrat Leonhard Friedmann, Justizrat Sonnenfeld und Rechtsanwält Dr. Frey und Herbert Fuchs. Es sind zwei Zeugen und zwei Sachverständige geladen. Der erste Angeklagte Linke bekannte sich der ihm zur Last gelegten Straftaten für schuldig und gab eine ausführliche Darstellung des Vorganges. Das Gericht verurteilte den Fabrikarbeiter Rudolf Linke, den Schlosser Hugo Göpfer und den Maschinenarbeiter Kuhl wegen Sachbeschädigung auf Grund des § 304 des Strafgesetzbuchs zu je einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und den Schankwirt Nau wegen Beihilfe zur Sachbeschädigung zu einem Jahr Gefängnis. Allen vier Angeklagten wurde ein Monat auf die Untersuchungshaft angedroht. Der Staatsanwalt hatte für jeden Angeklagten 2 Jahre Gefängnis und auch noch Ehrenverlust beantragt.

Das Urteil ist ein Tendenzurteil schlimmster Sorte, was schon aus folgender Urteilsbegründung hervorgeht, die lautet: „Die Tat war kein Dummerjungenstreich, sondern eine wohlüberlegte Handlung, die eine Folge der unaufhörlichen Verhöhnung der Sozialdemokratie sei. Man habe sich für die Ausführung der Angeklagten Linke ausersehen, weil dieser unorganisierte Arbeiter sei und nicht der sozialdemokratischen Partei zugehöre. Die Strafe müsse umso härter ausfallen, weil die Tat in ganz Deutschland bei jedem national Gesinnten größte Entrüstung hervorgerufen und sich gegen das Denkmal eines Führers gerichtet habe. Wenn die Sozialdemokratie öffentliche Einrichtungen verhöhnen wolle, so solle sie sich wenigstens nicht öffentliche Denkmäler von Fürsten ausführen, die zur allgemeinen Zierde gereichen.“

(Mit dem Urteil vergleiche man die „Strafen“, welche oft Studenten für ähnliche, ja z. T. viel schlimmere Streiche bekommen. A. Red.)

Neues vom Tage.

Autounfall.

Tübingen, 6. Juni. Auf der Staatsstraße Tübingen-Mönsingen wurden gestern nachmittags zwei Rennwagen der Pariser Automobilfabrik Darracq, die sich auf einer Probefahrt von Paris nach Wien befanden, in kurzem Abstand mit einer 80 Kilometer Geschwindigkeit hintereinander her. In einer besonders scharfen Kurve schien nun der vordere Wagen durch Stauentwicklung dem Führer des zweiten Wagens die Orientierung derart beeinträchtigt zu haben, daß dieser bei dem schnellen Tempo von der Straße abkam und in den Graben geriet, wobei der Lenker des Automobils, Stefanetto Giobanni, von dem sich überschlagenden Kraftwagen zu Tode gedrückt wurde. Der Kraftwagen wurde vollständig zertrümmert.

Salvarsanprozeß.

Frankfurt a. M., 8. Juni. Vor der Strafkammer begann heute der Prozeß gegen den Herausgeber des in Frankfurt a. M. erscheinenden Wochenblattes „Der Freigeist“, Wahmann, wegen Verleumdung des Frankfurter Magistrats und mehrerer Ärzte des städtischen Krankenhauses. Die Verleumdung soll in zwei Artikeln enthalten sein, die W. in seinem Blatte über die zwangsweise Behandlung von Prostituierten im städtischen Krankenhaus mit Salvarsan und Neosalvarsan veröffentlichte. Der Strafantrag ist gestellt worden vom Magistrat und dem Leiter der städtischen Klinik für Hautkrankheiten, Professor Dr. Gergheimer, sowie dem Oberarzt dieser Klinik, Dr. Altmann. Unter den geladenen Sachverständigen befinden sich u. a.: Professor Dr. Goffmann-Bonn, Professor Dr. Heinz-Erlangen, der frühere Berliner Polizeiarzt Dr. Drews, Professor Dr. Friedländer-Höhe Marz, Dr. Knoblauch-Frankfurt a. M., sowie der Assistent des Ehrlichen Institutes, Dr. Venario.

KNORR Knorr-Hafermehl, Knorr-Haferflocken, das altbewährte Nährmittel für Kinder. beste kräftigende Nahrung für Magenschwache und Blutarme.

Paris, 9. Juni. Ribot hat dem Präsidenten Poincaré mitgeteilt, daß er die Bildung eines Kabinetts übernehme.

Drohender Postbeamtenstreik in Frankreich.

Paris, 8. Juni. Die Vereinigung der Postbeamten hielt gestern hier eine geheime Sitzung ab, in deren Verlauf erwogen wurde, ob die Postbeamten in den Generalstreik treten sollten, falls der Senat das von der Kammer bereits angenommene Gesetzesprojekt bezüglich der Senatsfreiheit der Postbeamten nicht annehmen sollte. Die Mehrzahl der Anwesenden Abgeordneten sprach sich für den Streik aus.

Die Vorgänge in Ancona.

Rom, 8. Juni. In Ancona hat die Polizei eine Protestversammlung der Republikaner und Anarchisten gegen die Strafkompagnien im Meer, die heute am Nationalfeiertage während einer Truppenparade stattfinden sollte, verboten. Am Nachmittag kamen am Sitz der republikanischen Partei in Villa Rossa 300 Anarchisten und Republikaner zusammen, um gegen das Verbot zu protestieren. Als sie sich nach der Versammlung nach dem Nömischen Platz begaben, wollten, wo ein Konzert stattfand, kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Hierbei sind sieben Polizisten mit Steinwürfen verletzt worden. Durch von der Polizei abgegebene Revolverkugeln wurde ein Tapezierer getötet, 2 andere Manifestanten schwer verletzt; einer davon ist gestorben. Drei Personen wurden leicht verletzt. Es wird gerichtlich untersucht, wer den ersten Revolverknall abgegeben hat. Er soll aus einem Hause auf die Polizei abgefeuert worden sein.

Ancona, 8. Juni. Als Zeichen des Protestes gegen die gestrigen Vorfälle hat die Arbeiterkammer noch in der Nacht den Generalstreik proklamiert, der heute morgen begann. Die Läden wurden geschlossen. Die Arbeiter feierten. In einer am Vormittag abgehaltenen Versammlung hielten einige Redner Protestansprachen, andere ermahnten zur Ruhe.

Rom, 8. Juni. Bei Beginn der Kammer Sitzung beantragte der Deputierte von Ancona, Rocconi, Republikaner, die Aufhebung der Sitzung als Zeichen der Trauer über die Vorgänge in Ancona. Als nach kurzer Debatte über den Antrag namentlich abgestimmt werden sollte, ergab sich, daß das Haus beschlußunfähig war. Die Sitzung wurde darauf auf morgen vertagt. Auch die Arbeiterkammer in Rom hat einen Proteststreik, der mittags beginnen soll, beschlossen, voranschließlich für die Dauer von 24 Stunden.

Rom, 8. Juni. Der Nachmittag ist ruhig verlaufen. Die Arbeiterschaft feierte und die Straßenbahnen und die Droschkentreiber schlossen sich dem Streike an. Abends fand im Volkshaus eine große, von der Arbeiterkammer einberufene Volksversammlung statt, in der einige sozialistische Deputierte Stellung zu den Ereignissen in Ancona nahmen. Nach der Versammlung versuchte die Menge, in das Stadttinnere vorzudringen, wurde aber von der Polizei daran gehindert. Ernstere Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Die Suffragettenfrage.

London, 8. Juni. Das Parlament tritt morgen zusammen, um die Maßnahmen, welche zum Schutz der Suffragetten unternommen werden sollen, zu erwägen. Die Mehrzahl der Zeitungen verlangen die Abschaffung der Zwangsenerkung durch Sonden, was bisher nötig war, da die Gefängnisärzte und Direktoren für das Leben ihrer Strafgefangenen verantwortlich sind. Das Parlament wird wahrscheinlich ein Gesetz annehmen, durch welches die Verantwortung von den Direktoren und Ärzten den Gefangenen auferlegt wird.

Schließung aller griechischen Kirchen in der Türkei.

Konstantinopel, 8. Juni. Das öumenische Patriarchat beschloß, alle griechischen Kirchen in der türkischen Hauptstadt und den Provinzen zu schließen. Dies sei so lange aufrecht zu erhalten, bis die Lage der Griechen in der Türkei sich gebessert und die ottomanische Regierung ihre Ver-

sprechungen für die Beschwerden des Patriarchats Abhilfe zu schaffen, erfüllt habe. (Verl. Tagebl.)

Die Konferenz in Niagara-Falls.

Niagara, 8. Juni. Die Konferenz in Niagara-Falls soll am Freitag zu einem definitiven Resultat gekommen sein, jedoch wird über das Resultat strengstes Stillschweigen bewahrt. Der Minister des Äußern gab ein Communiqué an die Presse aus, in dem Ruhe und Geduld empfohlen wird.

Briefkasten der Redaktion.

N. 6. Die Verwandten des Angeklagten werden im Strafprozeß in der Regel nicht berechtigt. Die Verwandten des Privatklägers sind zu beeidigen. Die Beeidigung unterbleibt nur dann in der Regel, wenn der Kläger als Nebenkläger auch Angeklagter ist.

Städtischer Arbeiter. Warum anonym? Auf anonyme Anfragen geben wir keine Auskunft.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Adel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Lassalla.) Heute Dienstag Wiederbeginn der regelmäßigen Gesangsstunden. 1566

Wasserstand des Rheins.

Eschweiler in 2.90 m, gest. 20 cm, Rehl 3.49 m, gest. 5 cm, Maxau 5.16 m, gest. 6 cm, Mannheim 4.54 m, gest. 8 cm.

Eine Quelle steter Sorge für Mütter sind schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder. Es kommt bei diesen hauptsächlich darauf an, die Verdauungskraft anzuregen und den Allgemeinzustand des Körpers zu heben, wozu eine leicht verdauliche, aber gut nährnde Kost nötig ist. Das altbewährte „Kufel“ entspricht ganz vorzüglich den Anforderungen, die an eine vollwertige Kinderernährung zu stellen sind. Dabei wird es von den Kindern sehr gern genommen und stellt sich durch seine Ausgiebigkeit billig im Gebrauche.

Von der heilkräftigen Wirkung
des Stahlbrunnens durch den mehrfachen vor-
schriftsmäßigen Gebrauch aufs Beste überzeugt, denn
mit meiner heutigen Bestellung fordere ich nun
innerhalb 8 Jahren die fünfte Röhre ab, kann ich
nicht umhin, Ihnen meine Anerkennung im vollsten
Maße auszudrücken. Es hat sich regelmäßig eine
Gewichtszunahme wie auch eine Stärkung der
Nerven bemerkbar gemacht.
„Mit Ramscheider Stahlbrunnen habe ich bei
Blutarmen und nervösen Frauen u. jungen Mädchen
stets sehr gute Resultate erzielt. — Bin mit Ihrem
Stahlbrunnen sehr zufrieden.“ — „Ich teile gern
mit, daß ich den mir gesandten Stahlbrunnen gern
getrunken habe und mit der Wirkung des Brun-
nens ganz und gar zufrieden gewesen bin. Ich
werde Ihnen Brunnen in geeigneten Fällen immer
empfehlen und hoffe, immer gleich günstige Resul-
tate zu erzielen zu können wie bei mir selbst.“ —
Ausführliche Mitteilungen über Anwendungsgebiet,
Kurerfolge u. Bezug des Brunnenes kostenlos durch:
Ramscheider Stahlbrunnen, Roppard a. Rh. W. 388.

Residenz-Theater
Waldstraße 30
sowie
Schillerstraße 22
früher
Metropol.
Nur am Mittwoch,
nachmittags von 4—7 Uhr
(auch die Jugend unter 16
Jahren hat Zutritt).

Das Tal der Eure.
Ein prächtiger Farbenfilm,
wunderschöne, fesselnde
Bilder, welche jeden Natur-
freund erfreuen müssen.

Willy als Zauberkünstler.
Urgelungene, harmlose
Streiche, die mit der gross.
Blamaze eines Gaucklers
enden.
Klein Erich u. sein Hund.
Sehr ergreifender, dramatischer
Film, ein trauer Hund als
Beschützer eines kleinen
Kindes.

Schneewittchen!
Märchenfilmspiel in drei
Akten, Spieldauer 1 Stunde.
**Fritzen zeigt seinen
Freunden Marseille.**
Hochkomisches vom be-
kannten kleinen Fritzen.

**Die Einweihung der
Lötschbergbahn.**
Man weiss nicht was man
bei diesem Bild mehr be-
wundern soll, die Schön-
heit der Natur selbst, die
Aufnahmekunst, oder die
Schärfe und Plastik der
Photographie.

**Mieter mit
zuviel Kinder.**
Komödie. 1566

**Kragenwäscherei
Durlach**
bei saub. Ausführung à Std. 5 S.
Vorabend à Std. 10 S.
Mantelarbeiten Paar 8 S.
Auch andere Wäsche wird an-
genommen. **Wilhelmstr. 11.**
4. Stod. 1568

**Divan, Chaiselognes, Tisch,
Stühle, Herd u.
Damenrad mit Freilauf, billig
zu verkaufen. **Dachstr. 58.**
part. 1561**

Brennabor-Fahrräder
technisch vollendetste Marke
Absolute Zuverlässigkeit und bestes Material zeitigt die Erfolge
und die stets steigende Nachfrage.
Bei grosser Auswahl und billigen Preisen empfehle ich vor
allen anderen Marken „Brennabor-Räder“
Franz Mappes, Kaiserstr. Nr. 172.
Alleinvertreter. 1100

**Verkaufe und
Kaufe** fortwährend neue
und getragene
Herrenkleider, Schuhe, Stiefel,
Blau Arbeitsanzüge, gebr. Uhren,
Waffen, Gold- und Silber,
 Brillanten, Juwelen, Pfand-
gegenstände, Möbel, Kleiderstoffe.
**Erstes größtes An-
n. Verkaufsgeschäft Levy**
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Abschlag!
Dürrfleisch
von 98 S. auf 93 S.
Rotwurst
von 85 S. auf 75 S.

Raffeeabschlag
Kohkaffee
gar. rein schmeckend
per Pfd. 1.10
feinst gebrannt
per Pfd. 1.40
II. Qualität
per Pfd. 1.20

**Abschlag in
Apfelschnitze**
(Dampfsäpel)
von 55 S. auf 48 S.

**Zuger
und Filialen.** 1520

Pfannkuch & Co
Heute eingetroffen
Frische
Kirschen
per Pfd. 25 Pfg.
Feinste französische
Herzkirschen
per Pfd. 35 Pfg.

Pfannkuch & Co
G. M. B. H.
17. Jähr. beständig an
Verkaufsstellen

Prima
Speck, zum aus-
lassen
das Pfund 0.70
Schmeer
das Pfund 0.75
Schweineschmalz
das Pfund 0.60
in allen Filialen erhältlich
1894
Gebr. Hensel, Hof-

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Geburten. Hermann Friedrich, V. Daniel Schmitt, Schup-
mann. — Mina Clara, V. August Ritter, Spediteur. — Hilda
Katharina, V. Phil. Weniger, Versicherungsbeamter. — Friede-
Theodor, V. Dr. Ing. Alex. Sander, Chemiker. — Erna, V. Th.
Fromm, Bureaugehilfe. — Willi, V. August Schmitt, städt.
Arbeiter. — Gertrud Liesel, V. Eugen Jodel, Kaufmann. —
Dietrich Robert, V. Dr. Hans v. Renesse, Oberarzt. — Helmut,
V. Joh. Wieland, Milchhändler.

Rucksäcke
für Kinder u. Erwachsene
Rucksackstüben
Sport-Taschen
Gamaschen
Hosenträger
bekannt solid und billig.
Kofferhaus
Geschw. Kämmler
Kronenstr. 51.

HERDE


in Email und schwarz lackiert,
erstkl. Fabrikate. Billige Preise.
Teilzahlung gestattet.
A. Schwinn, Steinstraße 25
Teleb. 3573 am Lidenplatz

Ein **Hof** mit Matratze zu
alter **Hof** verkaufen.
H. Truß, Kaiserstr. 71, 3. St.
Umzüge mit neuen Möbel-
wagen und Rollen (bei Regen
gedeckte Rollen) besorgt billig
6610 Karl Müllinger,
Löffelstr. 3 a. Telefon 3565.

Abt.-Gesv. Gleichheit
Gesangverein Gleichheit
Karlsruhe.
Donnerstag, den 11. Juni
(Fronleichnamstag), findet der Bil-
dung halber verlegtes
Familienausflug
mit Musik durch den Durlacher Wald
nach dem Waldstücken bei Aue
(Altsiedel) statt. Dort Picnic, Musik und Gesangs-
vorträge. Zum Verkauf gelangt helles und dunkles Bier,
sowie alkoholfreie Getränke und kleinere Waren.
Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder nebst An-
gehörigen, sowie Freunde und Gönner des Vereines freundlichst
ein. Abmarsch punkt 7 Uhr vom „Tivoli“.
Der Vorstand.
NB. Sollte ungünstiges Wetter sein, so findet der Ausflug
am 14. Juni statt.

Radfahrer-Verein
„Vorwärts“.

Samstag den 13. Juni
findet im Lokal unsere halbjährl.
Generalversammlung
statt. 1549
Anträge sind bis längstens
12. Juni im Lokal einzureichen.
Der Vorstand.
Sehr billig abzugeben:
Schwarzes Jadenkostüm, Wolle,
7 M., Größe 46, ein graues
schönes Jadenkostüm, Größe 42,
zu 9 M., Wulst 2 M., gutes Kin-
derfederkissen 1 M., Damenstiefel
4 M., Küchentisch 8.50 M., Wäsche-
schränkchen, Speiseschränkchen,
Sausapothek, Waschkommode m.
Marmorplatte, schöner Plüsch-
divan, Chiffonier, Grammophon
mit mehreren Doppelplatten, zu-
12 M., schöne Kommode, Korsetten
mit Spiraleinlagen St. 1.75 M.,
Adlerstr. 17, eine Et. 1562

Sensationelles Angebot
für Brautleute!
Komplette Einrichtung wie folgt:
a. Schlafzimmer, bestehend in:
2 Bettstellen mit guten Matten,
2 Schonerbetten, 2 Stuhl, Woll-
mattlagen, 2 Stoffkissen, 2 Nach-
tische, 1 Spiegelkasten, 1 Wasch-
kommode, 1 Spiegelstanz.
b. Wohnzimmer, bestehend in:
1 Vertiko mit Spiegel, 1 Plüsch-
Divan, 1 Tisch, 4 Stühle.
c. Küche, bestehend in: 1 Küchen-
schrank, 1 Tisch, 2 Hocker
zusammen für den enorm billigen
Preis von nur
Mk. 375.— 1560
Möbelhaus Werner
Schloßplatz 13, Eingang Karl
Friedrichstraße.
2 Kinderwagen, einzeln od.
Wickeltragegerin geeignet für
4 Mt. zu verk. **Schloßplatz 8,**
Hof.
Kinder-Klappwagen,
gut erhalten, billig zu verkaufen.
Degenfeldstr. 15, 5. Stod I.

Naturschauspiel Dietlingen bei Pforzheim.

Am Fronleichnam

Aufführung des „Gök v. Berlichingen“.

Anfang $\frac{3}{4}$ Uhr. Ende $\frac{1}{2}$ 7 Uhr.

Stadtgarten.
Samstag den 13. Juni ds. Jh.

Sommernachts-Fest

beranstaltet vom Verein bildender Künstler unter gefälliger Mitwirkung eines Damen-Chors, des Doppelquartetts des Männergesangsvereins Konfordia, einer Damen- und Herren-Abteilung des Schwimmvereins Poseidon und des Rhein-Klubs Alemannia.

Phantastische Aufführungen auf dem See.
I. Guldigung Reptun,
II. Komisch-phantastische Wasserpantomime,
III. Schifferfischen,
IV. See-Ungheuer mit Nymphen und Tritonen.

Konzertmusik.
Feuerwerk.

Bengalische Beleuchtung der Anlagen am See.
Tanz im kleinen Festhallsaal.

Beginn der Aufführungen bei Eintritt der Dunkelheit.

Inhaber von Jahreskarten, von Kartenbesten und sonstigen Personen 1 M.—
Kinder unter 10 Jahren und Soldaten 50 "

Programm für Aufführungen und Konzert 10 Pfg.

Abzeichen, die zur Teilnahme am Tanze im kleinen Festhallsaal berechtigen, zu 1 M. am Ausgang zum Saal.

Vorverkauf von Eintrittskarten von Freitag den 12. d. M. an bei Geschwister Moos, Kaiserstr. 96, Telefon Nr. 994, im Kiosk des Verkehrs-Vereins beim Hotel Germania und an der Schalterkasse des Stadtgartens. 1559

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.
Anfang abends 8 Uhr. Schluss 1 Uhr.

Bekanntmachung.

Den Verkauf von Gelände im Stadtteil Müppurr betr.

Es ist in Aussicht genommen, einen Teil des städtischen Geländes an der Kastlatterstraße und Lühowstraße zwischen der Kastlatter- und Kriebstraße zum Zwecke der Bebauung als bald freihändig zu verkaufen. Die Bauplätze eignen sich vornehmlich zur Errichtung von Wohnhäusern; sie gehören der 14. Bauklasse (§ 124 der städtischen Bauordnung) an. Der Käufer muß binnen 6 Monaten vom Kaufabschluss mit der Bebauung beginnen.

Kaufinteressenten werden gebeten, ihre Preisangebote, die sich einschließlich der Straßen-, Kanal- und Gehwegherstellungskosten verstehen, beim Stadtrat einzureichen.

Ein Plan liegt zur Einsichtnahme auf dem städtischen Tiefbauamt (Rathaus, 3. Stock) auf.

Karlsruhe, den 8. Juni 1914.
Der Stadtrat.
Dr. Paul Berger.

Heute beginnt unser

Grosser Putz-Verkauf!

Schluss der

Wäsche-Weisswaren-Woche

heute abend.

HERMANN 1556

TIETZ

Pfannkuch & Co

Dörrfleisch
per Pfd. 90 Pfg.

Frankfurter Würstel
per Dose mit 3 Paar Wt. 1.—
per Dose mit 4 Paar Wt. 1.20
per Dose mit 8 Paar Wt. 2.25
offen per Paar 30 Pfg.

Halberstädter Würstel
5 Paar 80 Pfg.
1 Paar 17 Pfg.

Neu eingeführt:
Geräucherte Braunschweiger Rotwürst
per Pfd. 60 Pfg.
 $\frac{1}{4}$ Pfd. 17 Pfg.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

Pfannkuch & Co

Die ersten Holländer

Vollheringe

per Stück 10 Pfg.

Neue

Matjesheringe

per Stück 12 Pfg.

Neue 1569

Bismarck-Heringe

Stück 10 Pfg.
die 4 Liter-Dose M. 2.70

Neue

Sommer-Matta-Kartoffeln

3 Pfund 40 Pfg.
10 Pfund M. 1.25

Pfannkuch & Co
G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

Volks-Schuhreparatur

36 Waldhornstraße 36
Ede Marktgrafenstraße
früher Jähringerstraße 19,
liefert sämtliche Arbeiten in bester
samt guter Qualität.

Herren-Sohlen und Abfüge Mark 3.00
Damen-Sohlen und Abfüge Mark 2.10.

Auf jede Reparatur kann gewartet werden. 741

Gebrauchte Möbel

aller Art, sowie ganze Haushaltungen,
Vertiko, Kommode, Bücherregale u. hängen
kauft fortwährend zu hoch. Preisen
D. Gutmann, Rudolfstr. 12.

Kirichen

täglich frisch eintreffend, kauft man am besten und billigsten am Werderplatz, Ecke der Marienstraße (bei der Platanenallee) bei Stiefel. 1426

Diwans

Große Auswahl in neuen Plüschdiwans von 35 u. 40 M. an, hochf. mod. Dessins u. 55 M. an. (Keine Paritware). Polstermöbelhaus Köhler, Schützenstraße 25. 1417

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Damenkostüme wr. 10.75
Kostümröcke wr. 1.85 an
Weißfeinewürde im 3.00 an
Weiße u. farb. Blusen 0.95 an
Keine Ladenspeisen. 1903

Ostfrieser echte 1914er Ital. Hühner. Beste Eierleger der Welt. Verlangen Sie Katalog umsonst. G. Löhberger, Painstadt Nr. 77, Waden. 742

Nur bei Trefzger! Sagen

Sie, wenn Sie unsere Kataloge und Preise geprüft haben,

Alle Brautpaare

werden im eigenen Interesse höf. gebeten, Offerte zu verlangen von der

Süddeutschen Möbel-Industrie

Gebr. Trefzger, Rastatt

Personal 500 Personal 500

Qualitäts-Möbel

direkt an Private

Die Gewinne des Zwischenhandels werden erspart

Verkaufsstellen: Karlsruhe — Konstanz — Mannheim — Freiburg — Pforzheim — Rastatt.

Verkaufsstelle Karlsruhe: Eröffnung Anfang Juni.

Frühjahrsmesse 1914!

Halte einem verehrl. Publikum zur Frühjahrsmesse mein

Konditoreiwaren-Geschäft

bestens empfohlen und bemerke, daß ich nur erstklassige Ware zu billigen Preisen verabsolge.
Mein Stand befindet sich in der 5. Reihe vom Schaubudenplatz aus links. 1518

Gottfr. Brädle aus Durlach.

Prinz-Bier Karlsruhe

SCHUTZ-MARKE 1539

Herren- und Damen-Kleider

reinst und färbt billig

Färberei Firnrohr,

Kaiserstraße 28. 1171

Getrag. Schuhe u. Kleider zu verkaufen zu billigen Preisen.
L. Bermann 1173
Marktgrafenstr. 4

Die billigste Quelle

in getragenen Anzügen, Schuhe, Leberzieher v. & M. an, Mäster u. sowie beste Gelegenheitskäufe in Schuhwaren findet man in dem An- und Verkaufs-Geschäft von

Arnold Schap,

Jähringerstraße Nr. 38.
15, Hof. 1553

Wenn Sie die Messe besuchen

so kaufen Sie Ihre Süßigkeiten an einer Konditorei, die für prima Qualität der Waren garantiert. 1534
Es ist dies die bestens bekannte

Firma Albert Jacob aus Mainz

deren Erzeugnisse schon mehrfach höchst prämiert wurden :-

Das Geschäft befindet sich in der ersten Reihe, zweite Bude, neben der Waffelbäckerei.

Achten Sie bitte genau auf den Namen **Jacob**.

XC

Xanthippe schalt von spät bis früh.
Nur Erdal-Schuhputz lobte sie.

Der Einziger von 12 verschiedenen ABC-Anzeigen erhält einen ganzen Satz von 26 ABC-Kleinmännchen von der Erdal-Fabrik in Mainz.